

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Neue Perspektiven in der Präsidentenfrage

Hohenzollern auf dem Präsidenten-Thron?

Helldorf plaudert aus den Beratungszimmern — Exkronprinz bei Schleicher

Bj. Berlin, 4. Februar 1932

Herr Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen, der älteste Sohn des Exkaisers, hat dieser Tage in der Dienstwohnung des Generallieutnants von Schleicher, in der Alsenstraße, gefrühstückt. Den gleichen Vorzug haben vor dem Schloßherrn von Oels auch schon andere, ebenso schöne Exemplare der politischen Menagerie gehabt. Herr Gendarmeriekommissar Hitler soll allerdings nicht über so vollendete Tischmanieren verfügen wie der Hohenzoller, der vier und ein halbes Jahr lang im besetzten Frankreich wie ein besserer Gott lebte. (Siehe Charleville!)

Aber nicht der Auffrischung alter Etappenkameradschaft (Schleicher saß bekanntlich im Stabe der OHL) hat des Exkronprinzen Frühstücksbuch bei dem Beherrscher der Reichswehr gegolten, sondern, so viel es auch abgeleugnet wird, der Besprechung der Präsidentenfrage. Unsere Leser sind schon vor Monaten von uns darüber unterrichtet worden, daß auf der Harzburger Tagung von Hugenberg, Hitler, Seldte und Graf von der Goltz gemeinsam mit den Scharfmacherführern beschlossen worden war, den ehemaligen Kronprinzen zum Präsidenten des Reichs wählen zu lassen. In der Zwischenzeit hatte sich Hitler, der auf eigenen Wegen eigenen Ehrgeizen nacheilte, von der Harzburger Basis entfernt, während Hugenberg, wie wir unterrichtet sind, nach wie vor im Sinne seines Lieblingsgedankens auf den untreuen Verbündeten einzuwirken suchte.

Jetzt hat Herr von Schleicher, der sich in jedem Fall mit den Mächtigen von morgen „stellen“ will, das Terrain sondiert. Die Tatsache der Begegnung wird übrigens amtlich zugegeben.

Graf Helldorf spricht von der „Entscheidung“

Berlin, 4. Februar.

Auch die hier folgende Nachricht ist geeignet, Licht auf den festen Willen der Männer des „Braunen Hauses“ zu werfen, der dahin geht, die Erneuerung der Präsidentschaft Hindenburgs unter allen Umständen zu verhindern.

In einer nationalsozialistischen Massenversammlung in Berlin-Halensee sprach gestern der Graf von Helldorf, dem seine tägliche Beschäftigung als Angeklagter der Ohnesorge-Kammer Zeit zu solchen Vergnügungen läßt.

Als er die rhetorische Frage stellte: „Wer soll Reichspräsident werden?“, antworteten ihm stürmische Zurufe: „Hitler!“. Helldorf fuhr fort: „Ich habe eben noch mit dem in München weilenden Gauführer Dr. Goebbels telephonisch gesprochen und kann Ihnen sagen, daß eine Entscheidung fallen wird, die allen Parteigenossen und SA-Männern, ja dem Großteil des deutschen Volkes eine Erlösung sein wird. Die Entscheidung wird in dem Augenblick bekanntgegeben werden, der unseren Gegnern am unangenehmsten ist.“

„Für die kommenden Entscheidungen“, so schloß Graf Helldorf, „gilt für uns die Parole: Wehrhaft und treu!“

Diese Worte sind ganz klar. Die Entscheidung, deren Geheimnis Adolf Hitler im Busen birgt, um die „erlösende“ Parole erst im schicksalsbestimmten Augenblick auf die erwartungsvoll harrenden Bürger loszulassen, wie Pandora aus ihrer Büchse alles Unheil entließ, trägt den Namen eines hervorragenden Repräsentanten des kaiserlichen, des mili-

tärischen Deutschlands. Ist es Seeckt, ist es der Exkronprinz — das ist die Frage.

Gegen den Sprossen des Hauses Hohenzollern würde Hindenburg, der sich noch vor nicht viel Jahren in seinen Briefen nach Doorn den der Majestät „alleruntertänigsten Diener“ nannte, nie und nimmer auftreten. Ob auch nicht gegen Seeckt — das muß die Zukunft lehren.

Präsidentenwahl am 13. März

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ glaubt mitteilen zu können, daß die Reichspräsidentenwahl am 13. März stattfinden wird.

Eine offizielle Bestätigung liegt noch nicht vor.

Faschistisches Wirtschaftsprogramm des Preiskommissars

Münster i. W., 3 Februar.

In der ersten Vollversammlung des Zweckverbandes der Industrie- und Handelskammern sprach Dr. Goerdeler über „Preise und Wirtschaft“. Er führte u. a. aus, er habe es

nicht als seine Aufgabe angesehen, die Zwangswirtschaft der Kriegs- und Inflationsjahre zu wiederholen.

Es komme jetzt lediglich darauf an, die Zeit der Anpassung an den gesunkenen Weltpreisstand künstlich zu verkürzen. Als Mittel habe er es nicht für zweckmäßig gehalten, Höchst- oder Mindestpreise festzusetzen. Die Eingriffe seien bei den Preisverhältnissen der Landwirtschaft, aber auch der Industrie, stark beschränkt. Die Möglichkeiten lägen vor allem auf dem Wege von der Erzeugung zum Absatz. Insbesondere müsse die Kalkulationswahrheit des Handwerks wieder hergestellt werden. Auf dem Gebiete des Bankwesens und der Zinsen könne bis auf weiteres der staatliche Einfluß nicht entbehrt werden. In der Lohnfrage vertrete er grundsätzlich das System der Kollektivverträge, aber mit einer

erhöhten Anpassungsfähigkeit der Löhne an die zeitlichen, branchenmäßigen und betrieblichen Bedürfnisse.

Es sei notwendig, den rückläufigen Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigenden Wohlfahrtslasten durch eine

gründliche Reform der Arbeitslosenversicherung

zu begegnen. Als Uebergangslösung für die Notzeit sei die Zusammenlegung der drei Versicherungszweige der Arbeitslosenversicherung unter wesentlicher Vereinfachung notwendig. Für später befürwortete er die

Uebertragung der Arbeitslosenversicherung an die Gewerkschaften,

denen damit neben der Verantwortung für die Lohnpolitik die Mitverantwortung für den Arbeitsmarkt übertragen werde. Daneben müsse eine Entlastung des Arbeitsmarktes erstrebt werden, so u. a. durch eine

staatliche Arbeitsdienstpflicht. Einer durchgreifenden Reichsreform ständen zur Zeit noch starke Hemmungen entgegen, die Zeit sei aber gekommen, die Verwaltung zu vereinfachen und

Neue Geschenke an die Agrarier

Um den Absatz von anerkanntem Originalsaatgut von Getreide für die bevorstehende Frühjahrsbestellung zu heben, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Mittel zur Verfügung gestellt, die dazu bestimmt sind, den Zinssatz für Kredite zu senken, die für den Bezug von anerkanntem Originalfrühjahrsaatgut von Getreide gewährt werden.

Mellon Botschafter in London. Präsident Hoover hat bekanntgegeben, daß Schatzamtssekretär Mellon das Angebot angenommen hat, als Nachfolger von General Dawes den Bot-

Ueberapitzungen des Parlamentarismus zu beseitigen.

Große Vereinfachungen seien auf dem Gebiete des gesamten Bildungswesens notwendig. Dr. Goerdeler betonte abschließend, daß die Gesundung der Wirtschaft nicht von der Papierseite her zu erwarten sei. Wir hätten den Krieg verloren und müßten durch

harte Arbeit versuchen, die Verluste zu überwinden.

Diese Erklärung des Preiskommissars hat weittragende programmatische Bedeutung. Von seiner eigentlichen Aufgabe, die doch wohl in der Preissenkung bestand, ist mit keinem Wort mehr die Rede. Dagegen ist der Katalog der Forderungen, die er aufstellt, konsequent dem

Wirtschaftsprogramm des Faschismus und seiner praktischen Handhabung in Italien entnommen. Im Zusammenhang mit den von uns bereits behandelten Plänen der Arbeitgeber auf „Vereinheitlichung der Arbeitslosenversicherung“, d. h. praktisch der

Beseitigung der Arbeitslosenversicherung, gewinnt sein Vorschlag auf

Abwälzung der Arbeitslosenversicherung auf die Gewerkschaften

erhöhte Bedeutung. Das ist genau die Maßnahme, die von Mussolini als erster Schlag zur völligen Vernichtung der Gewerkschaften ausgeführt wurde. Die Einführung der

Arbeitsdienstpflicht,

d. h. die Militarisierung und Versklavung des gesamten Volkes gehört konsequent in dieses Programm. Wenn in einer Zeit, in der das Parlament nur noch dem Namen nach besteht und völlig funktionslos geworden ist, von „Ueberspitzung des Parlamentarismus“ gesprochen wird, so kann darin nur die Aufforderung zur

Errichtung der unverhüllten Diktatur erblickt werden.

Die Arbeiterschaft, vor allem die Gewerkschaften, müssen unverzüglich feststellen, ob sich die Regierung mit dem Programm ihres Reichskommissars identifiziert. Sollte das — wider Erwarten — nicht der Fall sein, so muß sie Herrn Goerdeler sofort aus seinem Amt entfernen!

Zwischen Hitler und Schleicher Brünings auswärtige Politik

In einem ausgezeichneten Artikel untersucht der Berliner J. H.-Korrespondent der „Neuen Züricher Zeitung“ vom 2. und 3. Februar „Brünings auswärtige Politik“. Er stellt eingangs fest, daß das Ziel der deutschen Außenpolitik immer das gleiche gewesen ist: „Befreiung von Versailles“, und daß nur die Methoden gewechselt haben. Von der „Verständigungspolitik“ Stresemanns zu Hitlers „Revisionismus“, um es schlagwortartig auszudrücken. „Welches sind die Methoden des Kanzlers?“, so fragt nun der Korrespondent der „Neuen Züricher Zeitung“. „Wo stehen Brüning und sein Inspirator, der Prälat Kaas?“ Und er gibt die folgende Antwort:

Dr. Kaas leitete seit 1928 die Fronde des Zentrums gegen Dr. Stresemann, den er der „Pränumerario-Konzessions-Bereitschaft“ bezichtigte und mit dem schweren Vorwurf behaftete, darin weitergegangen zu sein, „als es deutschen Interessen dienlich gewesen ist“. Dem Prälaten Kaas schwebte eine „völkerrechtliche“ und eine „politische Offensive“ vor. Dr. Brüning, in der auswärtigen Politik der Schüler des Trierer Prälaten, erläuterte später die Fronde des Zentrums mit dem Worte, es habe eine „nationale Opposition“ machen müssen, weil eine solche in Deutschland gefehlt habe. Dr. Kaas ist der eigentliche Vater der vielberufenen „Aktivierung der Außenpolitik“, der „Offensive“, die der Reichskanzler Brüning im März 1931 mit dem österreichisch-deutschen Zollprotokoll unternahm.

Der Korrespondent der NZZ zeigt dann, wie der Reichskanzler gezwungen wurde, auf dem einmal begonnenen Weg der „Aktivierung der Außenpolitik“ fortzufahren. Wohl habe er einsehen müssen, daß „Kredit aus dem Vertrauen fließt“, aber er habe doch die Vorbedingung für Krediterhalt, das heißt Gewährung eines „politischen Moratoriums“, mit anderen Worten Absage an die nationalistischen Parolen und die ganze Revisionskampagne nicht erfüllen können. Denn auf wen hätte er sich stützen sollen?

Im Parlament hätte er keine Mehrheit gefunden. Die Generalität hätte ihm gewiß nicht sekundiert. Der Reichspräsident hätte ihn nicht mehr gehalten. Der Kanzler hätte sich isoliert und wäre gestürzt. So verweigerte er das politische Moratorium und bekam keine Kredite.

Die Wechselwirkung zwischen äußerer und innerer Politik war eklatant geworden.

Um das Regierungsschiff wieder flott zu machen, habe nun der Reichskanzler den „Motor der inneren Politik“, nämlich die Notverordnungen (mit dem Ziel, die Reparationsstreichung so zu erlangen), eingeschaltet. Die politische Wirkung aber infolge des „Steuerdrucks gegen die Schwachen“ sei nichts anderes gewesen als die Zutreibung von Massen des Bürgertums zum Nationalsozialismus. Dadurch wiederum „Abbröckelung der Basis, auf der die Regierung stand“. Nun durfte Herr Brüning erst recht nichts tun, „was als Zugeständnis an Frankreich ausgelegt werden konnte.“

Sehr klar und scharfsinnig entwickelt dann

Die Komödie von Hildburghausen

Dumm angefangen und mit dummen Ausreden zu Ende geführt

der Berliner Korrespondent der NZZ, wie die für Anfang 1932 angesetzte Reparationskonferenz nach dem Wort des Pralaten Kaus, den Herr Brüning um die Weihnachtszeit besucht hatte, zu einer „Durchbruchschlacht“ werden sollte, wie der Reichskanzler unter dem innerpolitischen Zwang eher auf eine Sprengung der Konferenz ankommen lassen mußte, als auf eine Nachbittung, weil ihm sonst die gesamte deutsche Öffentlichkeit, einschließlich der besonders erwähnten Freien Gewerkschaften (und wie wir hinzufügen möchten der SPD) verurteilt hätte. Klar sei auch gewesen, daß die Generalität ein Nein in Lausanne forderte. Denn:

„Konzeptionen in Lausanne, so darf man, ohne dazu ermächtigt zu sein, die Ansichten der Reichswehrgeneralität zusammenfassen, hätten die Abrüstungskonferenz präjudiziert, die deutschen Bemühungen in Genf illusorisch gemacht.“

Au tracklich bezeichnet J. H. — was der Wahrheit entspricht, aber in Deutschland wenig bekannt ist — die deutsche Regierung bzw. den Reichskanzler als den Urheber der Vortagung der Reparationskonferenz in Lausanne. Der außenpolitische Kurs werde nun, zum Arrangement um die Verlängerung der Präsidentenschaft Hindenburgs gescheitert sei, „schon zwangsläufig“ verschwinden auch der Strahl der Reparationskonferenz für den Augenblick im Nebel so drohe doch die Klippe der Abrüstungskonferenz. Der Artikel schließt seine Ausführungen mit der bangen Frage, ob es Herrn Brüning gelingen werde, die Klippe zu umschiffen, nachdem er vorher mit allem Nachdruck betont hatte, daß es für die deutsche Regierung nur einen Ausweg gäbe, neue ausländische Kredite zu erhalten. Die aber seien nach wie vor nur zu erlangen durch Verständigung mit Frankreich.

„Solange Frankreich mächtig ist — und es ist heute ebenso mächtig, wenn nicht mächtiger als in der napoleonischen Zeit — wird die Hauptaufgabe deutscher Politik in einem Arrangement mit der Dritten Republik bestehen, und alle Versuche, diese Aufgabe zu negieren, werden Deutschland zum Unheil ausschlagen.“

Wenn wir als Sozialisten auch eine grundsätzlich andere Konzeption von proletarischer Außenpolitik haben, so ist es doch klar, daß der ausländische Korrespondent die Situation, wie sie zur Zeit ist, richtig erfaßt und darstellt; daß er die Mächte, die die Außenpolitik der Regierung Brüning bestimmen, richtig erkannt und eingeschätzt hat. Wir wissen auch, daß ebenso der „Motor der Notverordnungen“ wie die Posaunenbläser der „aktiven Außenpolitik“ nicht nur versagen müssen, sondern noch größeres Elend in Deutschland schaffen werden.

Der Kampf gegen die Brüning'sche Innen- und Außenpolitik kann also nicht getrennt werden. Die eine ist abhängig von der anderen. Jegliche Tolerierung, auf welchem Gebiet es auch sei, ist ein Schlag gegen die proletarische Klasse. Hiernach hat sich die aktuelle Politik jeder Arbeiterpartei zu richten.

Entlarvtes Unternehmerargument

Das Hauptargument der nationalistischen Revisionskampagnen ist bekanntlich die Voraussetzung, daß eine Streichung der Reparationslasten die Sanierung in Deutschland ermöglichen würde. Damit sollen vor allen Dingen die Arbeiter gekapert werden, und es sind leider nicht wenige, die, falscher Führung folgend, auf den Schwindel hereinfallen. Bis zu den „glücklicheren Tagen“, die da kommen werden, hat man sich in Deutschland vorläufig einmal mit der Lohnsenkung beholfen. Was dabei heraus kommt stellt die „Wiener Arbeiterzeitung“ fest:

„Eine Lohnsenkung der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten um vier Milliarden Mark im Jahre mit einem Schlags“ (Zum Vergleich: die Jahresrate der Reparationen, die Deutschland nach dem Young-Plan zu zahlen hätte, aber nicht zahlen kann, würde jetzt 1,8 Milliarden Mark im Jahre betragen.)“
Es ist also der deutschen Arbeiterklasse, um wieder die „Wiener Arbeiterzeitung“ zu zitieren,

durch die deutsche Reichsregierung und das Unternehmertum mehr „als ein doppelter Reparationsbeitrag auferlegt“ worden.

Und wenn man sich in Entzignung etwa auf die „gleichzeitigen“ Preissenkungen berufen möchte, so gibt auch hier die „Wiener Arbeiterzeitung“ die Antwort:

„Die Löhne sind um zehn Prozent gesenkt worden, die Kosten der Lebenshaltung nur um 4 Prozent! Das bedeutet: der deutsche Arbeiter kann heute mit seinem Lohn um sechs Prozent weniger Waren kaufen als früher! Die reale Gesamtkaufkraft der deutschen Arbeiterklasse ist um 2,4 Milliarden Mark reduziert — um weit mehr als eine Jahresrate der Reparationen nach dem Youngplan.“

„So ist es! Aber die Führer der Sozialdemokratischen Partei und die Führer der Freien Gewerkschaften machen, was die „Wiener Arbeiterzeitung“ allerdings verschweigt, den nationalistischen Unternehmensschwindel getreulich mit. Und dann wundern sie sich über die Folgen!“

Die dumme Komödie des Herrn Frick rund um den verhängten Deutschen Hitler ist, wie wir gestern bereits unsern Lesern mitteilen, erfolglos geblieben. Da der Stoff zum Karneval gerade recht kommt, bringen wir im folgenden noch die Einzelheiten der Komödie.

Das von der thüringischen Staatsregierung der Reichsregierung übergebene Material besteht aus drei Niederschriften unter dem Datum vom 1. Februar. In der ersten Niederschrift teilt Ministerialrat Walther mit, wie die Angelegenheit ins Rollen gekommen ist, nämlich durch die Anfrage einer Zeitung, die sich auf das von Stennes und von Kapitän Ehrhardt geführte Montagsblatt bezog. Dieses Blatt hatte behauptet, Hitler sei in einem deutschen Lande bereits eingebürgert worden;

die Urkunde darüber werde im „Braunen Haus“ in München geheim verwahrt.

Walther teilte die Anfrage dem Ministerialrat A. mit, der darauf sagte, daß er und Oberregierungsrat B. etwas darüber wüßten, daß sie aber Minister Frick zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet habe. Die zweite Niederschrift betrifft die Aufforderung an die Genannten zur Aussage, da nach Ansicht des Ministers Kästner ein von einem früheren Minister ausgesprochenes Schweigegebot nicht auch gegenüber einem Amtsnachfolger dieses Ministers bestehe.

Die dritte Niederschrift enthält die Vernehmung des Oberregierungsrats B. und des Ministerialrats A. durch den Staatsminister Dr. Kästner. Die Aussagen sind nach der Niederschrift folgende:

Oberregierungsrat B.: „Es hat mich schon stets bedrückt, daß ich von einem Vorgange Kenntnis hatte, den ich für politisch bedeutsam hielt, über den ich aber zur Dienstverschwiegenheit ausdrücklich verpflichtet worden war. Es ist wohl im Juli 1930 gewesen. Minister Dr. Frick ließ mich am Vormittag kommen und Anstellungsunterlagen mitbringen. Den Grund hierfür wußte ich nicht. Ich erhielt den Auftrag, nach seinem Diktat aufzuschreiben, und auf seine Anweisung wurde dem Dienstbogen „auf Anordnung“ vorangesetzt, wozu Minister Dr. Frick noch erklärte, daß er für den Inhalt des Diktats die alleinige und volle Verantwortung übernehme. Er verpflichtete mich gleichzeitig zu strengstem Schweigen. Das Diktat bezog sich darauf, daß dem „Frontkämpfer des Weltkrieges, Adolf Hitler“, die damals freie Stelle des Gendarmerie-Kommissars in Hildburghausen übertragen

wurde. Ueber den Stellenantritt und die Dienstbezüge war Entscheidung vorbehalten geblieben.

„Das weitere Diktat bezog sich meiner Erinnerung nach darauf, daß Adolf Hitler auf Dienstantritt und Besoldung verzichtete. Es war dies der Entwurf eines Schreibens, das offenbar Adolf Hitler zur Unterschrift vorgelegt werden sollte. Ich habe die Entwürfe, soweit ich mich entsinnen kann, nicht mitgezeichnet. Ich habe pflichtgemäß meine Bedenken dadurch zum Ausdruck gebracht, daß ich sagte, das thüringische Finanzministerium müsse zur Mitzeichnung zugezogen werden, und wohl auch gesagt, daß das Staatsministerium mit der Angelegenheit befaßt werden müßte. Minister Dr. Frick erklärte, daß er den — damals beurlaubten — Finanzminister vertrete und selbst verantwortlich zu bestimmen habe, wie er die Angelegenheit betreibe. Er verpflichtete mich hierauf nochmals ausdrücklich zur Dienstverschwiegenheit gegen jedermann.“

„Ich habe mich an diese Verpflichtung bisher stets gebunden gehalten. Ich habe nur später von meinem Abteilungsleiter, Ministerialrat A., erfahren, daß ihn Minister Dr. Frick in die Vorgänge eingeweiht habe. Wir haben beide gemeinsam überlegt, wie wir uns gegenüber dem Schweigegebot, das uns außerordentlich bedrückte, verhalten sollten. Es wäre uns am liebsten gewesen, wenn wir dem Nachfolger Dr. Fricks dienstlich darüber Meldung hätten machen können. Wir kamen aber zu dem Ergebnis, daß das Schweigegebot dem

entgegenstände. Ministerialrat A. hatte in den führenden Kommentaren nachgesehen, aber, wie er angab, nichts zu der Frage gefunden.“

„Minister Dr. Frick verwahrte die Schreiben — En. zurf und Reinschrift — selbständig.“

Hitlers erste Amtshandlung als Gendarm



Zwecks Reinhaltung der Rasse werden Pferde jüdischer Abstammung ausgewiesen

Welche Verwendung sie fanden, darüber weiß ich nichts. Der Minister hatte es auf Befragen abgelehnt, sie zu den Dienstakten zu geben oder die Anstellung Hitlers in den Bekanntmachungen wie üblich zu veröffentlichen. Ihm hatte ich allerdings auf Befragen zum Ausdruck gebracht, daß meiner Meinung nach Hitler durch seine Beteiligung am Weltkrieg auf deutscher Seite Anspruch auf Einbürgerung haben müßte.“

Ministerialrat A. bestätigt im wesentlichen diese Angaben. Kurz bevor er auf Urlaub gehen wollte, sagte ihm Minister Dr. Frick, er wolle ihm jetzt Kenntnis von einer Sache geben, die seine Abteilung betraf. Er verpflichtete ihn aber ausdrücklich zu strengster Amtsverschwiegenheit gegen jedermann und gab ihm dann das Formular der Anstellungsurkunde zu lesen. Er, Ministerialrat A., habe sofort dem Minister gesagt, das ginge doch nicht, die Stelle sei zwar frei, aber nach den geltenden Bestimmungen müsse doch der Finanzminister mitwirken. Dr. Frick entgegnete etwas scharf, er vertrete den Finanzminister und handle in doppelter Eigenschaft als Innenminister und als Finanzminister. Frick habe weiter gesagt,

die Stelle würde gleich wieder frei, da Hitler sofort um seine Entlassung aus dem Staatsdienst nachsuchen würde; die Stelle könne also mit dem einige Wochen vorher von Ministerialrat A. vorgeschlagenen Gendarmerie-Oberwachmeister Z. dann besetzt werden. Er, Ministerialrat A., habe Frick gegenüber Zweifel zum Ausdruck gebracht, ob die ihm vorgelegte Urkunde als eine gültige Anstellungsurkunde eines Beamten anzusehen sei. „Uebrigens kam ich“, so fährt er fort, bei meinen Überlegungen zusammen mit Oberregierungsrat B. zu der Ansicht, daß eine Anstellung Hitlers als Beamter trotz etwaiger Aushändigung der Anstellungsurkunde wohl gar nicht erfolgt sei; denn Hitler sollte weder ein Amt übertragen werden, noch sollte er in die mit dem Amte verbundenen Rechte und Pflichten eintreten. Hitler hat überhaupt keine ernstlichen Beziehungen mit dem Lande Thüringen aufgenommen. In dieser Richtung liegt auch die Tatsache, daß die ganzen Vorgänge überhaupt nicht in den Geschäftsgang gekommen sind.“

Die Vernommenen baten im Anschluß an ihre Vernehmung um eine Unterrichtung des früheren Ministers Dr. Frick, worauf sich Staatsminister Dr. Kästner die Entscheidung darüber vorbehielt.

„Taktik“ über alles!

SPD-Sorgen um die gute Laune des Stahlhelms

Als wir Leiparts Unterschrift unter den Auftrif des Hindenburg-Ausschusses der Öffentlichkeit mitteilten, veröffentlichte die kommunistische „Welt am Abend“ die folgende Meldung:

„Wie uns bekannt ist, haben in den letzten Tagen Besprechungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Gewerkschaftsführer stattgefunden, die sich mit der Kandidatur Hindenburgs befaßt haben. Es bestand keine Diskussion darüber, ob die Sozialdemokratische Partei für Hindenburg als Präsidentschaftskandidaten eintreten würde.“

Das wurde als selbstverständlich bejaht. Die Beratungen gaiten nur der Frage, welche Taktik man dabei befolgen müsse. Leipart, Hilferding, Wels und auch Höltermann, der namens des Reichsbanners an den Beratungen teilnahm, machten geltend, daß es zweckmäßiger sei, nicht zu früh Farbe zu bekennen. Die Begründung dafür ist fast grotesk:

Wenn sich die SPD zu früh für Hindenburg erklären würde, so erschwere sie es dem Stahlhelm und anderen Rechtsorganisationen, sich gleichfalls für Hindenburg einzusetzen.

Dadurch erschwere man aber wieder die Situation für die Regierung Brüning, die in eine offene Krise käme. Damit könnte das „kleinere Uebel“ gefährdet werden.

Darum beschloß der sozialdemokratische Parteivorstand ausdrücklich, sowohl in der

Wer glaubt's

München, 3. Februar.

Zu der Meldung über den angeblichen Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Adolf Hitler als thüringischer Beamter teilt die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP mit, daß Dr. Frick allerdings die Absicht gehabt habe, Adolf Hitler, der vier Jahre lang in der deutschen Armee für sein Volk gekämpft hat, durch Erwerb der Beamteigenschaft in Thüringen auch formell die deutsche Staatsangehörigkeit zu verschaffen. Als Adolf Hitler jedoch von diesem Versuch, der seinerzeit ohne sein Wissen erfolgt war, erfuhr, bat er Dr. Frick, von seinen Bemühungen Abstand zu nehmen, da er nicht auf diesem Wege die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben wünsche. Demgemäß hat auch Minister Dr. Frick damals die eingeleiteten Schritte in Thüringen unverzüglich abgebrochen.

*

Frick selbst erklärt, er habe gewußt, wie Hitler „seelisch bedrückt“ gewesen sei durch die Tatsache, daß er Ausländer war. Deshalb habe er ihm zur deutschen Staatsangehörigkeit verhelfen wollen. Wir glauben gern, daß es dem Deutschen aller Deutschen peinlich war, daß er

gar kein Deutscher

war. Aber den Schwindel mit der Rückgängigmachung — über die es nicht ein einziges Dokument gibt — möge glauben, wer will. Es ist Herrn Hitler noch peinlicher, daß durch die Manöver seines gerissenen Gegners Ehrhard (der im Dienste von Reichsstellen arbeitet) das Manöver

zu früh herausgekommen

und das ganze Hitlerische Deutschland dadurch zum Fastnachtsulk geworden ist. Darum der stammelnde Rückzug.

Brüning ist zufrieden: Die Kandidatur Hitler, die Hindenburg zweifellos überlegen gewesen wäre, dürfte wohl kaum noch möglich sein. Auf alle Fälle aber schiebt man noch einen Riegel vor. Aus Quellen, die der Regierung nahe stehen, wird geflissentlich darauf hingewiesen, daß Hitler im Scheringer-Prozess unter seinem Eide zweimal ausdrücklich erklärt hat, er sei kein Deutscher. Ein Wink mit dem Zaunpfahl.

Meineid?

Jetzt steht für Hitler die Frage: Verzicht auf die ergaunerte Staatsangehörigkeit oder — Zuchthaus.

Der Narr des Deutschtums wird noch ein Weilchen darauf verzichten müssen, Deutscher zu werden. Vielleicht dauert es nicht mehr lange, bis er die Ehrenbürgerschaft erhält. — Es wird allein vom Proletariat abhängen!
SAZ — Politik

Eiserne Arbeitsbeschaffung

Berlin, 3. Februar 1932

Am Mittwoch fand im Reichstag eine Besprechung zwischen den leitenden Stellen der Sozialdemokratischen Partei und der Reichstagsfraktion, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afa-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes statt, in der die verschiedenen Pläne für umfangreiche Arbeitsbeschaffung eingehend erörtert wurden. Die Ansprache wird später noch fortgesetzt werden. Es bestand unter den verschiedenen Körperschaften darüber Uebereinstimmung, daß alle Pläne zur Arbeitsbeschaffung gefördert werden müßten, daß aber ebenso entschieden etwaige inflationistische Gefahren zu bekämpfen seien.

Die Eisernen sollten doch allmählich auch begreifen, daß die grauenhafte Krise des kapitalistischen Systems Arbeitsbeschaffung in irgendwie beachtlichem Maße im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft unmöglich macht. Ihr ganzer Arbeitsbeschaffungsplan kann nichts als ein Täuschungsmanöver gegenüber der gutgläubigen Mitgliedschaft sein. Einstweilen wird er ja — zu seinem Vorteil! — noch streng geheim gehalten. Wenn das Geheimnis jemals gelüftet werden sollte, wird die Sozialistische Arbeiterpartei die SPD zwingen, auch für die Durchführung ihrer Arbeitsbeschaffungspläne einzutreten. Und das wird entweder Herrn Brüning oder der SPD-Demagogie schlecht bekommen.

Die Zwickauer Märchentante erzählt

Das Zwickauer „Sächsische Volksblatt“ berichtet mehrmals in jeder Woche unseren Tod. Wir können unmöglich jedesmal darauf eingehen; dazu ist unser Papier zu schade. Diesmal versuchen sie's mit der Jugend. Erst wird wieder die alte Geschichte von dem angeblichen Uebertritt Hamburger SJV-Mitglieder zur KPD aufgewärmt, und dann lügt das „Volksblatt“ weiter, wir hätten in ganz Sachsen knapp drei Dutzend. Wenn unsere lieben Freunde in der Bosenstraße es ganz genau wissen wollen: wir haben heute allein im Bezirk Zwickau-Plauen 39, im Bezirk Ostsachsen 45 Jugendgruppen. Aber das dürfen die kümmerlichen SAJ-Reste in Sachsen nicht erfahren.

Der Fall Bullerjahn

Die Geschichte eines Justizverbrechens / Berichtet von Berthold Jacob

1. Fortsetzung

Im gleichen Zusammenhang erwähnte Liebknecht noch verschiedene gleichartige Vorgänge und kam dann zu dem Fall Gontard, der uns hier besonders interessiert. Er sagte:

„Vielleicht läßt sich der Herr Kriegsminister einmal die Akten gegen einen gewissen Herrn Schöps geben. Ich kann ihm das Aktenzeichen angeben: Landgericht III Berlin B 5 J 675/10. In diesen Akten wird er allerhand interessantes Material finden über eine der größten deutschen Waffenfabriken, die Deutschen Munitions- und Waffenfabriken“. Es befindet sich unter anderem in diesen Akten ein Brief, der an einen Agenten dieser Gesellschaft in Paris gerichtet ist — nach Paris — mit dem Geheimzeichen 8326.“

(Folgt der eingangs zitierte Brief des Herrn von Gontard.)

„Dieser Brief beweist, daß unsere deutschen Rüstungsinteressenten, daß unsere großen deutschen Waffenfabriken, mindestens die eine..., sich nicht scheuen, in französische Zeitungen falsche Nachrichten zu lancieren, die dahin deuten sollen, daß französische Heeresvermehrungen geplant wären. Zu welchem Zweck? Um das Vaterland zu retten? — Um damit in Deutschland Stimmung machen zu können, damit sie Aufträge bekommen und gut Geld verdienen können, damit das Geld im Kasten klingen kann. Ich glaube, ein solcher Beleg für den Patriotismus des deutschen Rüstungskapitals ist bisher noch nicht dagewesen....“

Von Unternehmungen, deren Moral und Gewissenhaftigkeit auf diesen... Minuspunkt gesunken ist, wie das hier, sei es bei der Munitions- und Waffenfabrik, sei es bei Krupp, erwiesenermaßen der Fall ist, muß man sich auf alles gefaßt machen... Meine Herren, erwägen Sie nur das eine: das sind dieselben Kreise, die die Zwiertracht der Völker zu Golde münzen. Ob sie in Deutschland oder in Frankreich sitzen, sie haben das gleiche Interesse. Die Steigerung der Rüstungen in Frankreich wirkt nicht so auf die deutschen Konkurrenten wie die Steigerung einer anderen Konkurrenzindustrie sonst zu wirken pflegt; diese „Konkurrenten“ arbeiten Hand in Hand. Unsere Krupp, Stumm und Genossen, Waffen- und Munitions-Fabriken können nichts Besseres wünschen, als daß in Frankreich tüchtig gerüstet wird, weil auch sie dann Arbeit bekommen und viel Geld verdienen. Das sind dieselben Leute, für die, die Zwiertracht zwischen den Völkern, gleichviel aus welchem Grunde säen und schüren, Geld verdienen heißt. Das sind dieselben Leute, deren Profit völlig unbeeinflusst ist von dem Anlaß eines Zwistes zwischen den Völkern und seinem Erfolge, bei denen die Höhe des Profits schlechthin proportional ist dem Grade der Zwiertracht, des Hasses zwischen den verschiedenen Völkern.“

Der königlich preußische Kriegsminister General von Heeringen, der sofort das Wort nahm, suchte zunächst Liebknechts Enthüllungen dadurch zu entkräften, daß er ihm vorhielt, er traue scheinbar der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik die Macht zu, europäische Geschichte zu machen, und mußte von Georg Ledebour den Zuruf einstecken, er mache faule Witze. Im übrigen gab er zu, daß der von Liebknecht besprochene Vorgang ihm bekannt sei. In der darauf folgenden Sitzung des Reichstags hat Herr von Heeringen dann nochmals das Wort genommen und erklärt:

„Was das Verhalten der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik betrifft, so haben sie allerdings vor etwa drei Jahren einen Artikel in die französische Presse lanciert, der aber nach der Erklärung ihres Leiters (von Gontard, D. V.) damals lediglich den Zweck hatte, bestimmte Anhaltspunkte über die Ansichten der französischen Heeresverwaltung durch Widerspruch dagegen (gegen den Artikel, D. V.) zu erhalten....“

Der konservative Abgeordnete Oertel, Chefredakteur der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“, sagte in der gleichen Sitzung:

„Was das „Lancement“ — ich kann keinen deutschen Ausdruck dafür finden — der Waffen- und Munitionsfabrik anlangt, so stehe ich nicht an, diesen Versuch, auf die öffentliche Meinung in Frankreich einzuwirken, nicht nur als höchst unglücklich, sondern als recht töricht zu bezeichnen. Ich hoffe, daß die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken sich künftig etwas vorsichtiger (Auf Zwischenrufe der Sozialdemokraten), warten Sie nur ruhig ab — und auch etwas vaterländischer verhalten werden....“

Schließlich hat Liebknecht selbst noch in der 150. Sitzung des Reichstags vom 26. April 1913 dem Kriegsminister geantwortet:

„Der Brief, den ich zitiert habe, ist vom Herrn Kriegsminister entschuldigt worden. Der Herr Kriegsminister ist wohl der einzige Mensch im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, der die unglaublich faule Ausrede der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken für bare Münze genommen

hat, daß der Brief nur ein Fühler sein sollte, um festzustellen, daß Frankreich keine Maschinengewehre anschaffen wolle, während doch natürlich die Waffen- und Munitionsfabriken ein Interesse nur daran hatten, daß Maschinengewehre angeschafft würden... Einer der Unterzeichner ist der Herr von Gontard, heute noch leitender Geist der Waffen- und Munitionsfabrik. Rurd ein Jahr nach der Veröffentlichung des Briefes ist der Herr von Gontard aus besonderem königlichen Vertrauen in das preußische Herrenhaus berufen worden. Meine Herren! Ein würdiger Zuwachs!“

Daß der Herr von Gontard ungefähr vor drei Jahren als Kandidat für das Portfeuille des Kriegsministers viel genannt wurde, dürfte bekannt sein. Dieser Gontard hat einen Bruder, der Flügeladjutant oder General à la Suite ist.

Hören Sie noch weiter, meine Herren! Der Herr von Gontard, der Briefautor, ist auch Mitglied des Johanniterordens und außerdem Geheimer Kommerzienrat, was sich ausgezeichnet miteinander zu vertragen scheint. (Auf Widerspruch hin): Er kann auch Geheimer Baurat sein.“

Liebknecht gab weiterhin Kenntnis von einem Kartellvertrag, der zuerst im Jahre 1905 und zwar auf zehn Jahre zwischen der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik Mauser in Oberndorf a. Neckar, der Oesterreichischen Waffenfabrikations-Gesellschaft in Wien und der Fabrique Nationale D'Armes De Guerre in Heristal (Belgien), die mit französischem Kapital arbeitete, geschlossen worden sei. In ihm seien die Interessensphären der einzelnen Firmen abgegrenzt und in ihm sei auch festgelegt, daß die vertragschließenden Teile sich verbänden, in ihren Heimatländern jede fremde Konkurrenz auszuschalten und sich ihren Profit zu garantieren. Den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken fiel im Rahmen dieses Vertrages besonders die Versorgung des russischen Marktes zu.

In der Sitzung des Reichstags vom 23. April 1913 führte der Abgeordnete Erzberger zu dem Skandal um Gontard aus:

„Der Brief stammt aus dem Jahre 1907. Im Jahre 1907 war man in den militärischen Kreisen der ganzen Welt noch lange nicht

so von der Vorzüglichkeit des Maschinengewehrs durchdrungen wie heute, wo man es als unentbehrliche Waffe hinstellt. 1907 hat man in vielen Kreisen auch des deutschen Heeres die Maschinengewehre noch als Waffen gegen Hereros und Hottentotten gekennzeichnet; ganz klein, minimal war die Anschaffung von Maschinengewehren auf diesem Gebiete. Frankreich fing an, mehr Maschinengewehre auch in den Dienst seines europäischen Heeres zu stellen. Wenn ich mir diese Situation vor Augen halte, dann gewinnt der Brief der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken ein ganz anderes Gesicht, als wenn wir ihn hier aus diesem Zusammenhang herausreißen. Wie oft hat man uns, hier im Reichstag, gesagt, wenn wir 40 Millionen Mark für Maschinengewehre in den Jahren 1908, 1909 und 1910 — also gleich nach diesem Brief — ausgegeben haben: wir brauchen diese Maschinengewehre, wir brauchen diese Neubeschaffung! — wir haben sie auch bewilligt — weil Frankreich uns soundsowas auf diesem Gebiet voran ist. Dann gewinnt der Brief der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken ein ganz anderes Interesse.“ (Weitere Artikel folgen.)

U-Boot M 2 gefunden

Die britische Admiralität teilt mit, daß das britische Unterseeboot „M 2“ fünf Seemeilen von Bill of Portland gefunden worden ist.

Ein Zerstörer und zwei Minensuchboote haben in ununterbrochener Arbeit mit besonders feinen Abhörapparaten die Unglücksstelle abgesucht und schließlich die Lage des Totenschiffes festgestellt.

Taucher versuchten, den gepanzerten Leichenkeller zu erreichen, aber die außerordentlich starke Strömung trieb sie zurück.

Nun soll die Ebbe abgewartet und dann nachts mit der Bergung begonnen werden.

Den 40 Toten im „M 2“, die als Opfer des Militarismus im Frieden erstickt sind, kann von niemand mehr geholfen werden.

Joseph Goebbels

will nicht aufgenordet sein

Der Neue Deutsche Verlag hatte vor einiger Zeit eine Postkarte herausgegeben, auf der ein Bild prangte: Goebbels neben einem Riesenaffen und dazu die Unterschrift:

Wie wär's damit, mal neben Proletariernorden den Herrenmenschen Goebbels aufzunorden?

Und daran knüpfte sich noch die Feststellung: Uns kümmern nicht die Theorien ihrer Arierrasse, für uns ist er ein Feind der Arbeiterklasse!

Der „Schriftsteller“ Goebbels schämte sich seines ruppigen Ahnen.

Und um einer weiteren Publikation dieser belastenden Ähnlichkeit zu entgehen, klagte Joseph gegen den Neuen Deutschen Verlag und erzielte eine einstweilige Verfügung des Amtsgerichts Berlin-Mitte, wonach „wegen besonderer Dringlichkeit des Falles ohne mündliche Verhandlung“ angeordnet wird, daß diese Postkarte nicht mehr gedruckt und verbreitet werden darf.

Wegen besonderer Dringlichkeit des Falles... Wenn es unsere Justiz doch auch einmal so eilig hätte, wenn es gilt, Arbeiterinteressen in diesem „republikanischen Volksstaat“ zu vertreten.

Vergnügungsreisen für Arbeitergroschen

Der deutsche kleine Kreuzer „Karlsruhe“ befindet sich gegenwärtig auf einer Spazierfahrt um die Erde.

Und die Arbeitslosen verhungern



Damit der Kaffeepreis nicht sinkt und die Herren Pflanzer und Unternehmer ihren Profit oben halten, verbrennen sie Tausende von Zentnern besten Kaffees in Fabriken und auf Lokomotiven.

Eine mit Kaffee geheizte Lokomotive der brasilianischen Eisenbahnverwaltung.

In allen Ländern der Erde werden Lebensmittel aller Art vernichtet — nur damit der Preis und der Profit nicht sinkt. Und die Arbeitslosen, die den hohen Preis nicht zahlen können, verhungern. 2000 Hungerselbstmorde allein in Deutschland! Schafft die sozialistische Planwirtschaft gegen diesen Wahnsinn!

Zur Zeit besucht das Kriegsschiff die Insel Cuba. Der Kommandant und eine Abordnung der Marinesoldaten „vertraten Deutschland“ bei einer Feier der kubanischen Regierung in Habana.

Die Elixiere des Teufels

Auf einem Kopenhagener Müllabladepplatz ereignete sich ein furchtbares Giftdrama. Einige Müllarbeiter und ein Kutscher fanden Flaschen im Müll, deren Inhalt sie für Likör hielten und austranken. Kurz darauf traten bei den Leuten schwere Vergiftungserscheinungen auf. Ein Arbeiter verstarb, zwei Arbeiter liegen in hoffnungslosem Zustand im Krankenhaus.

Es handelt sich um Flaschen, die das Etikett einer Likörfirma trugen, jedoch mit einem Giftstoff gefüllt waren.

Die Flaschen waren von einer kleinen Farbenfabrik gekauft und anscheinend mit Probelösungen gefüllt worden, die man später fortwarf. Man nimmt an, daß vielleicht noch mehr Leute, vor allem Arbeitslose, die den Abladepplatz aufsuchten, aus den Flaschen getrunken haben.

Sinclair's Oil mordet

In den Docks der Sinclair Oil Company in Marcus Hook (Pennsylvanien) flog der Oeltankdampfer „Bidwell“ in die Luft.

Acht Personen wurden getötet, 18 verletzt. 14 weitere Leute werden vermißt. Das Schiff ist völlig zerstört.

Es ist statistisch festgestellt, daß 60 Proz. aller Unglücksfälle der amerikanischen Produktion auf das übersteigerte Produktions-tempo zurückzuführen sind. Rationalisierung und Hetzarbeit zwingen die Arbeiter, oft auch die einfachsten Sicherheitsmaßnahmen außer acht zu lassen.

Unglücksfälle und Katastrophen sind die Folge kapitalistischen Profitwahnsinns.

Großfeuer auf Föhr

Das große Bauernwesen des Hengstzüchters Nickels Arfsten in Midlum auf Föhr wurde durch ein Großfeuer vernichtet.

Fast der gesamte Tierbestand konnte gerettet werden. Das über 100 Meter lange Bauernhaus ist vollständig niedergebrannt.

Flucht von dem Hungertod

Eine nüchterne Zusammenstellung des Preußischen Statistischen Amtes gibt die Zahl der Selbstmorde im Jahre 1930 auf insgesamt 10 355 an.

Davon sind dem drohenden Hungertod entflohen (in Amtsdeutsch: aus Nahrungssorgen aus dem Leben geschieden) nicht weniger als 2025 Personen

Über zweitausend Personen mußten sich im Jahre 1930 das Leben nehmen, weil sie nichts mehr zu essen hatten.

Es ist noch nicht festgestellt, wieviele Tausende im selben Jahr überhaupt verhungert sind oder infolge Entkräftung den Tod in den Krankenhäusern gefunden haben.

Dabei steigt die Lohnabbauwelle weiter und verschlingt immer mehr Familien und Existenzen. Und für das Jahr 1931 ist eine Statistik noch nicht herausgegeben... die wird noch anders aussehen!

Aus der deutschen Schwerindustrie soll sich unter den gemeldeten Opfern niemand befinden.

Feuilleton der SAZ

Was liest Berlin?

„Nein, Fräulein, ich lese nur proletarische Romane, aus dem Hinterhaus und so mit recht viel Feind. Da weiß man doch wenigstens, daß man lebt“, sagt Frau von Sowieso, die in einer teuren Westengegend über eine Acht-Zimmer-Wohnung verfügt. Dann geht sie nach Hause, legt sich Schokolade kauend aufs Sofa und läßt vor sich die „Mietskasernen“ und „Straßen ohne Ende“ der Proleten Revue passieren.

Ansonsten interessieren die älteren Damen der besseren Stände wenig, die meisten lesen unbedarft ihre Autoren der Jahrhundertwende weiter und versteigen sich als „Modernstes“ zu Galsworthy und zur Underst. Eine meinte sogar, so weit ist es mit mir nicht gekommen, daß ich die hypermoderne Zeug wie Galsworthy lese. Armer, konservativer Galsworthy!

Wie wird überhaupt gelesen? Mit dem Wort „modisch“ ist das kaum noch zu bezeichnen, besser sagt man: epidemisch. Es gibt sechs bis acht Bücher, nach denen einfach jeder fragt. Wem sie eigentlich diese Popularität verdanken, ist nicht immer ersichtlich, aber wie eine Epidemie grassiert die Vorstellung: das muß man gelesen haben — und eine Reihe gleich guter, manchmal besserer Bücher bleiben im Schatten. An erster Stelle rangiert immer noch „Der Weg zurück“ und „Katten wird Soldat“ — in beiden Fällen hat sich eben der gewaltige Propaganda-Apparat Ullsteins durchgesetzt. Auch die Erfolgsserie von „Im Westen nichts Neues“ ist noch nicht ganz vorüber. Erfreulicherweise gleich stark gefragt sind Tucholskys „Lerne lachen ohne zu weinen“ und Kästners „Fabian“. Auch Wassermanns „Eitel Andergast“ will man gelesen haben. Im allgemeinen ist solch eine Mode von kurzer Lebensdauer. Der Leser greift immer nach Neuerscheinungen, von denen er aus der Zeitung oder dem Radio hörte, ohne Rücksicht darauf, ob er ältere Bücher desselben Verfassers schon kennt. Als von Heine „Narziss und Goldmund“ erschien, war es plötzlich nicht mehr „chick“, den „Steppe-Wolf“ oder gar den entzückenden „Knulp“ zu lesen.

Und die politische Literatur? Vor allen stehen hier die Rußland-Bücher — Knickerbockers Reportagen über den roten Handel, Glaeser & Weibkopfs „Staat ohne Arbeitlose“, die Stalin-Bücher von Levine und Essad-Bey, Runds „Der Mensch wird umgebaut“, Kischs „Rasender Reporter in Rußland“, und die Romane der jungen Russen Gladkow, Babel, Panfrow. Aber auch Anti-Sowjet-Bücher wie Salomons „Unter den roten Machthabern“ finden Absatz. Dann folgen Heller und Goebbels mit ihren diversen Ergüssen, ebenfalls macht Gumbel-Jachberg mit seiner Apotheose „Hitler“ ein gutes Geschäft. Wer eine treffliche Analyse des deutschen Faschismus kennen lernen will, best Ostwalds „Deutschland erwacht“. Immer vergriffen sind auch die ausgezeichneten Bücher von Bauer „Der kommende Krieg“, von Müller „Wenn wir 1918...“, Schamers „Vaterlandlose Gesellen“, „Der große Betrug“ und Ehrhards „Straßen ohne Ende“. Nach wie vor aber sind bei der mannlichen Leserschaft Kriegsromane im Schwunge, vom militärischen Regimentbuch bis zum erschütternden Wirklichkeitsbericht.

Was liest der Arbeitslose? Seitdem durch die Neuorganisation des Buchverleihwesens Bücher für 20 Pf. verliehen wer-

den, gehört der Arbeitslose in allen Stadtgegenden zur dankbarsten Leserschaft. Sein Bedarf setzt sich im Durchschnitt aus Kriminal-, Abenteuer- und guter politischer Lektüre zusammen. Es gibt junge Leute, die sämtliche 70 Wallace-Bände gelesen haben und nun gespannt auf den 71. warten. Hätten sie etwas Selbstbewußtsein, so würden sie sich getrost daran machen, den 71ten selbst zu schreiben. Was man nach 70 Wallace-Bänden ohne weiteres kann. Feinschmecker bevorzugen Oppenheim, Alexander und Freeman. Ebenso seriös werden die Abenteuer der Zane Grey und Max Brand verschlungen — aus dem sehr verständlichen Gefühl heraus, außer ihrem Weg zur Stempelstelle die hellerschte Ferne kennen zu lernen, und sei es auch nur auf Papier und für 20 Pfennige.

Mit dem, was der Arbeitslose an politischer Lektüre liest, kommen wir zum wichtigsten Punkt überhaupt: er wie die meisten Leser nehmen — von vereinzelten Wünschen abgesehen — das, was man ihnen empfiehlt oder in die Hand drückt. Empfindet man Stalin, so nehmen sie Stalin, redet man gut zu Hitler zu, nehmen sie Hitler. Da in Berlin schätzungs-



„Zum goldenen Anker“

Als noch stumm modern war, hat Alexander Korda bewiesen, daß er zu der Gruppe von Filmregisseuren gehört, die mehr als Handwerker sind. Seine amüsante, gewiß auch vergröbernde, Bearbeitung des Erskineschen Buches von der schönen Helena hat ihm manchen Freund geschaffen.

Man ging also mit einigen Erwartungen in den Gloria-Palast, zumal auch Alfred Polgars Name im Zusammenhang mit dem „Goldenen Anker“ genannt wird; er hat die Verdeutschung besorgt (und ist von dem Film selbst ein bißchen abgerückt).

Aber man war am Ende enttäuscht. Korda weiß mit den vielerlei Möglichkeiten des Tonfilms nicht recht etwas anzufangen. Er läßt reden und reden, und die Handlung kommt nicht voran. Er klammert sich ans Atelier, obgleich ihm das ganze weite Marseille für seine Aufnahmen zur Verfügung stand. Er läßt plötzlich einen Titel „Einen Monat später“ erscheinen — im Tonfilm ein Umding und selbst im Stummfilm lange verpönt.

Und wie mit der Regie, ist es mit der Handlung: die simple Geschichte von der Sehnsucht nach dem Meer und nach fernem Landem, die stärker ist als die Liebe, nicht mehr neu und nicht originell. Daß die Szene eine Hafenkneipe ist — lieber Gott, das ist auch schon dagewesen. Weshalb diese Kneipe in der deutschen Fassung des Films „Zum Goldenen Anker“ heißt, im Bild aber immer nur „Bar de la marine“, das ist ein Geheimnis der Ufa.

Meben also nur die schauspielerischen Leistungen. Matthias Wiemann, dieser herbe, knorrige Kerl, ist selbst in einem so mäßigen

weise 600 000 bis 800 000 Menschen Bibliothekleser sind, ist das Buchverleih-Wesen, wie das Kino, Theater, Radio, zu einem Instrument der politischen Beeinflussung geworden. Die wenigsten Buchverleihsbesitzer können sich eine kulturelle und politische Bildungsarbeit leisten — sie sind Geschäftsleute und haben zu kämpfen. Es ist ihnen gleich, was gelesen wird. Hauptsache, daß gelesen wird. Der Leser selbst hat es in seiner Macht, die Bibliothek, in der er liest, zu einem Werkzeug des Klassenkampfes zu machen. Verlangt er beaufußt und immer wieder proletarisch-revolutionäre Bücher, so wird der Verleiher sie sich anschaffen. Er schafft ja immer an, was gefragt wird. Und sind die Bücher erst da, dann werden sie auch gelesen — von allen! Der andere Weg, zu einer Vormachtstellung in den Bibliotheken zu gelangen, ist der über die Verlage. Wie schnell sich ein Buch amortisiert, hängt natürlich außer der Nachfrage auch vom Anschaffungspreis des Buches ab. Hitlers „Mein Kampf“ kostet immer noch 7 Mark. Würden die antifaschistischen Verlage gerade den Leihbibliotheken Bücher unter Preis anbieten, so würden sie selbstverständlich angeschafft werden, wie alles, was preiswert ist.

Leser und Verleger sollten unverzüglich an diese Aufgabe gehen! L. Sch.

Taxe der Zukunft



Ein Riesenautorad, getrieben von einem 2 1/2-PS-Motor und mit Sitzplätzen für zwei Personen, wird gegenwärtig in England erprobt. Sein Umfang läßt fraglich erscheinen, ob dieses „Röhrrad mit Motor“ sich bewährt.



Der Große Brockhaus

Von der neuen, zwanzigbändigen Ausgabe des Konversationslexikons der Firma F. A. Brockhaus, Leipzig, liegen bisher zehn Bände vor. (Preis pro Band 22,50 M.) Vor gleichartigen Werken (insbesondere dem fanatisch-gelässigen Meyerschen Konversationslexikon) empfiehlt sich der Große Brockhaus vor allem durch seine anerkanntswerte politische Neutralität. Obgleich vollständig auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung stehend, gibt er von den die Arbeiterschaft berührenden Angelegenheiten sachliche, gute Darstellungen, frei von jeder Gehässigkeit und Kleinlichkeit. In dem 10. Band, der jetzt erschienen ist (Kat—Kz) zum Beispiel findet man unter Karl Kautsky und Béla Kun ausführliche, sachliche Darstellungen von Leben und Tätigkeit dieser Sozialisten. In den umfangreichen Darstellungen über Krieg, Kriegskunst, Kolonialpolitik usw. kommt natürlich der bürgerliche Standpunkt klar zum Ausdruck, aber die Fülle des sachlichen Materials (Karten, historische Tabellen, Bilder) macht für den Sozialisten auch diese Kapitel wertvoll. Geographische Darstellungen (Kolumbien, Konstantinopel, Königsberg, Köln usw.) sind mit gutem Kartenmaterial versehen, naturkundliche und geologische (Kreide, Kopffüßler, Kolibri usw.) mit reichhaltigem, zum Teil buntem Bilderschmuck, medizinische und mathematische (Kropf, Kinderkrankheiten, Kreis, Kurven usw.) mit erläuternden Zeichnungen.

Ueber Kriminalistik wird in Text, Tabellen und Bild interessantes Material geliefert; über Kurszettel eine ausgezeichnete populär-ökonomische Darstellung gegeben. Besonders interessant sind die vier Tafeln über das Kind, die einen guten Einblick gewähren in die Psychologie des Kindes wie in das Verhältnis der Gesellschaft zum Kind — gipfelnd in den Leistungen der Stadt Wien, von der ein Kindergarten und eine Kinderübernahmestelle dargestellt werden.

Film noch Mensch von Fleisch und Blut, man horcht schon auf, wenn er nur die Hand ausstreckt. Daß man ihm eine so farblose, oberflächliche Filmpuppe wie Ursula Grabley zur Partnerin gab, ist jammerschade. Ein paar mal geistert Albert Bassermann als besoffene Seemannsruine durch das Bild; herrlich. Und auch bei Lucie Höflich wird man warm. Aber sonst: Tiedtke eine Schwankfigur, Stössel nicht viel mehr — alles andere: ohne Gesicht. Eine verpaßte Gelegenheit mehr. —n.

Kleines Feuilleton

Die jungen Chefs der Roten Armee

Der derzeitige Führer der Roten Armee, Woroschilow, hat mit großer Energie nicht nur die militärische Erziehung der Offiziere und Mannschaften auf eine neue Grundlage gestellt, sondern auch eine Verjüngung in den oberen Kommandos durchgesetzt. So stehen an den leitenden Stellen des russischen Heeres heute Männer, die nach den in Westeuropa geltenden Begriffen als jung gelten müssen. Woroschilows Adjutant, Tuchatschewski, ist heute 38 Jahre alt, ein Offizier, der noch aus der zarischen Armee hervorgegangen ist. Ein anderer Mitarbeiter ist Lewitschew, der heute vierzig Jahre zählt und die Militärakademie durchlaufen hat. Der Oberkommandierende der Flotte ist Orlow, der während des Krieges Offiziersaspirant war und heute 35 Jahre zählt. Der Chef des Flugwesens, Alskin, zählt nur 34 Jahre. Diese obersten Führer der Roten Armee, ganz im Geiste Lenins erzogen, bilden in der Hand eines so energischen Führers wie Woroschilow eine Garantie für die politische Haltung der Roten Armee.

Polens Bevölkerungszunahme.

Dem soeben bekannt gewordenen Resultat der neuesten polnischen Volkszählung zufolge beträgt die Einwohnerzahl Polens z. Zt. 32,12 Millionen. Auf den Quadratkilometer treffen 82,2 Einwohner gegenüber 69,2 bei der letzten Volkszählung.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 5

39. Fortsetzung.

In dieser kleinen oberen Schicht, die nur einen winzigen Teil der wirklichen Jugend ausmachte, sah der Professor die „neue Jugend“, wie er sie halb höhnisch, aber auch mit unangenehm bewunderndem Naivität.

Das Schlimmste für ihn war, daß ihn von dieser Jugend die sportivsten, gut angezogenen, ihre Vorurteilslosigkeit laut betonenden Studentinnen auf das stärkste erregten.

Er erduldet Qualen wie in seinen Pubertätsjahren und wollte sie sich selbst nicht einmal eingestehen. Er war immer stolz auf seine parnasische Moral, sie schien ihm der größte Wert des amerikanischen Lebens, etwas, wodurch Amerika wirklich über die lockere europäische Lebensauffassung gehoben wurde.

Er konnte wohl aus der Universitätsstadt flüchten, jedoch nicht vor sich selbst. Denn es stellte sich bald heraus, daß seine Lage in New York nicht besser wurde. Im Gegenteil, in dieser Stadt, die weder Jugend noch Alter kannte, in der er nicht als „alter Professor“ abgestempelt war, erwarteten ihn überall Verführungen.

Während nun die Frau Professor über das Fehlen von passender Garm jammerte und zusehends ausführlicher über einige billige Gelegenheitskäufe, die ihr heute vormittag gelang, zu berichten, berichtete er an das

kornblonde Stubenmädchen, das er mit seinen verheimlichten Bildern entrappt hatte, an eine schlanke, elegante Dame, der er im Hotelkorridor öfters begegnet war, an eine kleine Tänzerin, die er in einem Variété sah, an eine Zigarrenverkäuferin in einem Klub.

Die Frau Professor schaute ihn aber aus seinen Gedanken auf. Ihr Wunsch nach Dienstpersonal wurde so dringend, daß sie den Professor bat, sich nach dem Grund des beispiellosen Versäumnisses zu erkundigen.

So geschieht es, daß sich der Professor Fräulein Wesley's Tisch nähert. Hier haben sich schon verschiedene andere Gäste versammelt, die ihren Unwillen nicht verbergen. Am lautesten ist eine sehr aufgeregte Dame, die immer wieder den gleichen Satz wiederholt.

„Mein Zimmer ist nicht in Ordnung und ich erwarte Gäste, es ist ein Skandal, daß niemand kommt, wenn man darum telefonisch bittet.“

Fräulein Wesley versucht die Gründe dieses tatsächlich bisher beispiellosen Falles klarzulegen.

„Was gehen mich die Kartoffeln der Dienerschaft an? Ich werde die Hotelleitung auf Schadenersatz verklagen.“

Fräulein Wesley bittet, während sie in die Sprechmaschine des immerfort klingelnden Telefons Beschwichtigungen flüstert, um einige Minuten Geduld.

„Ich würde das Zimmer selbst in Ordnung bringen, aber ich kann von hier keinen Augenblick fort. Das Personal kommt sofort.“

„Man müßte alle entlassen.“

„Man wird sie alle entlassen“, versichert Fräulein Wesley, „aber Ihr Zimmer, gnädige Frau, wird erst aufgeräumt.“

„Ein Skandal, ich werde Ersatzansprüche stellen.“

„Ja, Schadenersatz“, sagt auch der alte Herr mit den vielen Arzneiflaschen im Zimmer. Er braucht zwar nichts, aber die allgemeine Aufregung, die Ungeduld hat auch ihn erfaßt und nachdem er an Fräulein Wesley's Tisch das Wort Schadenersatz vernommen hat, erklärt er, daß er dringend eine Arznei benötige.

„Ein Page — sofort“, flüstert Fräulein Wesley.

„Wir kennen ihr „sofort“, schreit die aufgeregte Dame.“

Dem Professor gelingt es in diesem Lärm nicht, zu Wort zu kommen; er bemerkt aber die Dame, die ihm schon wiederholt auffiel und die sich auch vergeblich bei Fräulein Wesley Gehör zu verschaffen versucht.

„Kann ich Ihnen vielleicht behilflich sein?“ wendet er sich an die elegante Dame und ist selbst über diese Aeußerung seiner Hilfsbereitschaft überrascht.

Die große Dame aus der kleinen Stadt, so charakterisiert sie der Professor im Geheimen, ist schneller bereit seine Hilfe anzunehmen, als er selbst erhofft hatte.

Ja, sie führt ihn sogar fort von dem Pult Fräulein Wesley's, die weiter von Aufgeregten belagert bleibt, an die Tür ihres Zimmers.

„Sind Sie Arzt?“

Sie ging also von einer falschen Voraussetzung aus, sie hielt ihn für einen Arzt. Der

Professor ist enttäuscht, er bekennt ihr aber schnell, daß er ihr nur rein menschliche Hilfe anbieten könne.

Vielleicht sei das mehr als eine ärztliche, meint sie und läßt ihn ins Zimmer treten.

„Sie wollten sich Medizin holen lassen, nehme ich an.“

Die Dame lächelte bitter.

„Es wäre für mich viel nützlicher, wenn ich Gift für mich bestellen könnte. Glauben Sie nicht auch, daß kein Mensch zu schrecklichsten körperlichen Qualen gezwungen werden sollte?“

Der Professor kann nur schwer seine Enttäuschung verbergen. Hat er nicht uneingestanden auf ein Abenteuer gehofft? Und nun mußte er eine Unterhaltung führen, die wenig geeignet sein konnte, ihn zu erheitern.

Wirklich, die Dame läßt nicht ab von dem düsteren Gesprächsstoff.

„In welcher Zeit leben wir! Mit dem Todesurteil in der Hand werden wir gezwungen, Felnern zu erdulden und kein Arzt ist bereit, unsere Qualen zu verkürzen.“

Der Professor wäre gern geflüchtet, aber es scheint ihm gefährlich, diese Frau allein zu lassen. Er muß sie beruhigen.

„Jeder von uns hat Augenblicke der Verzweiflung, die vorübergehen. Stellen Sie sich vor, was mit der Menschheit geschehen würde, wenn man uns jederzeit ohne weiteres Gift zur Verfügung stellen würde. Ich bin überzeugt, Sie sehen Ihren Zustand zu pessimistisch, Sie sehen ja strahlend aus, Sie können unmöglich schwer krank sein. Glauben Sie mir, ich bin kein Arzt, aber ein Laie hat oft bessere Augen.“

„Finden Sie das wirklich? Sie übertreiben, man kann unmöglich behaupten, daß ich strahlend aussehe.“

SAP Bezirk Westfalen-Süd

Der diesjährige ordentliche Bezirksparteitag findet Sonntag, den 21. Februar, in Dortmund im Lokal Schmitz, Heroldstr. 20, Ecke Nordstr., vormittags 10 Uhr, statt.

- Tagesordnung:**
1. Konstituierung des Parteitag
 - a) Eröffnung durch den 1. Vorsitzenden Gen. Decker,
 - b) Wahl des Büros (Leiter, Stellvertreter, Schriftführer),
 - c) Wahl einer Mandatprüfungskommission.
 2. Organisationsberichte.
 - a) Stand der Bewegung: Gen. Decker,
 - b) Pressebericht: Gen. Lohoff,
 - c) Kassenbericht: Gen. Franke,
 - d) Gewerkschaftsarbeit: Gen. Babucke,
 - e) Frauenarbeit: Gen. Dauer.
 3. Bericht über:
 - a) Programm: Gen. Schnur,
 - b) Satzungen: Gen. Schnur.
 4. Wahlen:
 - a) des Bezirksvorstandes,
 - b) der Revisoren.
 5. Politisches Referat. Referent: Genosse Dr. Fritz Sternberg-Berlin.
Thema: Die Krise des Kapitalismus und die Aufgabe der SAP.

Unser Vorstoß in den Gewerkschaften

In der Jahresgeneralversammlung des Verbandes der Maler und Anstreicher, Ortsverwaltung Düsseldorf, wurde der Vorstand neu gewählt. Der Vorstand besteht aus 5 Mitgliedern. Die Opposition erhielt bei der Neuwahl die Mehrheit (2 SAP-Genossen, 1 Sympathisierender). Im erweiterten Vorstand erlangen wir zwei weitere Mitglieder.

Ahlen

Ausbeutung der Masse durch die Kirche! Die staatlich garantierte Einnahmequelle der katholischen Kirche aus der Kirchensteuer, die für Ahlen bisher 13 Prozent der veranlagten Einkommensteuer betrug, reicht für das Jahr 1932 nicht aus. Die katholische Kirche Ahlens hat beschlossen, den Satz von 18 auf 27 Prozent zu erhöhen. Für das Jahr 1931 soll ein Achtel des Jahresbetrages nachgehoben werden. Begründet wird diese Erhöhung damit, daß die „Marienpfarre“ für das „verkrachte“ Franziskushospital eine „Bürgschaft“ in Höhe von 100 000 M. übernommen habe, und die neue „Pfarr“ habe ein Jugendheim erworben, für das am 1. April 1932 die Rate von 4375 RM zu zahlen sei. Die Anregung zum Erwerb eines Jugendheimes sei vom Erzbischof ausgegangen, da vor allem die Jugend „so vielen Gefahren ausgesetzt sei.“ Aber wie verhält es sich in Wirklichkeit? Ist es nicht eine Provokation an die Arbeiterschaft? Das Franziskushospital, welches im Jahre 1928 fertiggestellt wurde, ist das Werk des Großwahnsinns der Ahlener Zentrumsparthei und ihrer kirchlichen Behörden. Seit Jahren waren die kommunalen Stellen mit dem Plan eines Neubaus (eines städtischen Krankenhauses) beschäftigt, weil das alte katholische Krankenhaus den Anforderungen nicht mehr entsprach. Diese Absicht sabotierte die Zentrumsfraktion mit dem Bau eines katholischen Krankenhauses. Es entstand ein Millionenobjekt, welches nicht auf Rentabilität, sondern städtische Zuschüsse eingestellt war. Das Gebäude, welches bis zu Neunzehntel immer leer steht, wird seit 1931 mit jährlich 30 000 RM von der Stadt subventioniert. Das war deshalb möglich, weil die politische Interessensvertretung der kleinen Handwerksmeister an dieser Subvention interessiert waren. Dieser Betrag soll fünf Jahre lang bezahlt werden. Nunmehr haben die Hypothekengläubiger das leerstehende Gebäude übernommen, und die neuen Aerzte warten auf Patienten. Aber der neue Eigentümer (katholische Hilfsgemeinschaft) steht auch unter dem Protektorat der katholischen Kirche, der Millionengeschenke des Staates aus den Reichsteuern des schaffenden Volkes zuwendet werden. Trotzdem verlangt das Ahlener Zentrum außer der Erhöhung der Kirchensteuer Weiterzahlung des städtischen Zuschusses von 30 000 RM. Daß das Zentrum die Kosten zum Erwerb eines Jugendheimes durch Kirchensteuer einziehen kann, ist bezeichnend für die Struktur des heutigen Staates. Auch wir sind der Auffassung, daß die Jugend „so vielen“ Gefahren ausgesetzt ist, die aber nach unserer Meinung nicht mit dem Erwerb eines katholischen Jugendheimes aus der Welt geschafft werden, sondern nur durch Arbeit und Brot. Da aber die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, einschließlich ihres Kulturträgers, der katholischen Kirche, sich zur Sicherung eines menschenwürdigen Daseins für alle Menschen unfähig erwiesen hat, so sind die „vielen Gefahren“ nur durch den Sozialismus zu beseitigen.

Bochum

Eine Heuchelei leistet sich das „Volksblatt“ in Nr. 27, indem es unter Linden-Dahlhausen dem verstorbenen Berginvaliden Wilh. Grote, Krampenhof, einen Nachruf widmet, der bei den Lesern den Eindruck erweckt, als sei der Verstorbene bis zu seinem Ende der SPD ergeben gewesen. Ein Satz: „Auch die schwersten Stürme vermochten nicht, ihm seine ehrliche Überzeugung zu rauben“ ist allerdings wahr. Weil diese ehrliche Überzeugung bei Grote so ausgeprägt war, trat er vor Jahren aus der SPD aus, um sich selbst und seinen Idealen treu zu bleiben. Schmerzlich war es immer um ihn, wenn er von vergangenen Kampftagen sprach und die Tätigkeit der heutigen SPD-Führung dagegenstellte. Deshalb war er auch längst nicht mehr Leser des

Die braune Mordpest wütet

Die Arbeiterstadt Dortmund ist auf dem besten Wege, sich zu einem Eldorado der braunen Mordbanditen zu entwickeln. Trotz „Eiserner Front“ und Zörgiebel! Ueberfälle auf Proletarier sind zu etwas alltäglichem geworden, worüber man sich allerdings nicht zu wundern braucht, wenn man weiß, daß die Nazis nirgendwo so vorsichtig mit Glacéhandschuhen angefaßt werden, wie im Dortmunder Landgericht und von der Dortmunder Polizei. Während Heime der revolutionären Arbeiterschaft alle Nasenlang von der IA auf staatsumstürzerische Dinge durchrönt und arbeitslose Proleten bei jeder passenden Gelegenheit mit dem Gummiknüppel bekanntgemacht werden, hat man bisher noch nie davon gehört, daß die „PP“ auch nur einmal der Nazikaserne auf dem Schwanenwall einen Besuch abgestattet hätte. Und dabei pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß in dieser Mordhöhle eine größere Anzahl auswärtiger SA-Banditen untergebracht sein soll! Nun ja, — die SPD toleriert heute alles, warum soll es die Polizei nicht!

Vor knapp zwei Wochen hat die Große Dortmunder Strafkammer im Gerick-Prozess festgestellt, daß die an der „Oktoberschlacht“ auf der Münsterstraße Schuldigen die Dortmunder SA ist. Damals wurde ein 16jähriger Arbeiter erschossen und zehn weitere Arbeiter zum Teil schwer verletzt. Die Nazis reklamierten den Erschossenen für sich, ihre Gazetten brachten auf der ersten Seite in großen roten Lettern die Lügenmeldung von der „Bluttat der Mordkommune“. Unsere Klassengenossen aus dem kommunistischen Lager, die damals des Mordes bezichtigt wurden, stehen heute rehabilitiert da. Der Vorsitzende der Strafkammer stellte fest, daß damals einzig und allein die Nationalsozialisten geschossen haben. — Am letzten Samstag fand auf dem Höchsten eine Versammlung der Nationalsozialisten statt. Nach Schluß wurden der 23jährige Josef Geise und der 22jährige Wilhelm Jäger erschossen und der 19jährige Wilhelm Scheerer durch einen

„Volksblattes“. Wollen sich die, nur noch in geringer Zahl vorhandenen Jungen der SPD gern der Kämpfer vom Schlage Wilh. Grotes erinnern, dann wird es höchste Zeit, aus der SPD auszutreten und sich der SAP anzuschließen. Sonst bleibt der Nachruf eine Beleidigung für den Toten.

Krofdorf-Gleiberg

Die Volksstimme bringt einen Artikel über die am 6. Februar hier geplante öffentliche Scheidemann-Versammlung. Der Artikelschreiber, seit kurzem materiell an die SPD gekettet, ist Feuer und Flamme und schreibt, daß uns die Versammlung „nicht in den Kram passe“. Auch hat er gehört, daß die KPD einen „Aiten“ zur Diskussion stelle, ebenso die SAP. Es fehlt dann nur noch der Nazi-Redner, und die Feinde der Arbeiterklasse seien vereint. — Kommentar überflüssig.

Frankfurt a. M.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Februar wurde der neue Stadtkammerer, Fr. Lehmann, in sein Amt eingeführt. Dieser verspricht, sein Amt in unparteiischer Weise zu leiten. Er wolle stets mit offenen Karten spielen. Dann stellte Lion (DVP) einen Antrag: Frankfurt wolle zu Ehren Goethes Gedenktafeln anbringen lassen und eine besondere Straßenbeleuchtung einführen. Als wenn man nicht zu Ehren Goethes derartige Ausgrabungen besser sozialen Zwecken zuführen könnte. Ähnlich charakteristisch ist die Stellungnahme des Magistrats. Wenn irgend eine Ausgabe für die Arbeitslosen bewilligt werden soll, hält er die Hand auf die Tasche. Soll dagegen die Subvention für die Luftschiffahrtsgesellschaft in Höhe von 50 000 Mark gestrichen werden, dann meint er, das verstieße gegen Treu und Glauben. Brauchen wir Luftschiffe, wenn ein erheblicher Teil der Bevölkerung nichts zu futtern hat? Sie dienen doch nur dem Luxus der Reichen oder künftigen Kriegszwecken. Der Kommunist Lang hat schon recht, wenn er meinte, auch der Magistrat sei nichts anderes als ein Vollzugsorgan der kapitalistischen Gesellschaft. Es wurde eine Magistratsvorlage angenommen, die eine Straßenverbindung nach Westhausen und Westpraunheim vorsieht. Man verlangte, daß der Magistrat bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung über die Etaglage berichtet. Gegen die Stimmen der Kommunisten wurden 24 260 Mark zur Durchführung der Reichspräsidentenwahl bewilligt. Die Frage der Flugsabvention wird nicht entschieden. Ein kommunistischer Antrag, die fraglichen 50 000 Mark für tuberkulose Kinder zu verwenden, wird abgelehnt. Eine lebhaft Debattete entfesselte die Frage der Mietsenkung in den städtischen Neubauwohnungen. Ein großer Teil der Mieter muß die alten Mietsätze zahlen. Die arbeitslosen Mieter haben keinen Hauszinssteuererlaß. Wer nicht instande ist, seine Mietsätze zu zahlen, muß damit rechnen, daß man ihn exmittiert. Die Stadtverordnetenversammlung nahm einen Antrag an, der den Magistrat um eine Aufstellung über die getätigten Mietsenkungen ersucht. Zugleich soll er prüfen, ob nicht eine weitere Senkung möglich ist. Ferner wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, nicht abgewohnte Baukostenzuschüsse zurück zu erstatten.

Die Mitgliederversammlung Preungesheim nahm nach einem kurzen Bericht des Genossen Lustert die Wiederwahl der bisherigen Distriktsleitung vor. Die rezte Aussprache anerkannte die eingeleiteten Maßnahmen des

Lungenschuß schwer verletzt. Und siehe da: wieder setzte der Schmähfeldzug der Nazi-Gazetten gegen die „Mordkommune“, die „roten Unterweltstrolche“ und „blutgierigen marxistischen Horden“ ein. Der Täter hätte wegen des dichten Nebels unerkannt entkommen können. Es ist auch der Polizei bis heute noch nicht gelungen, trotz fieberhaftester Anstrengungen — abgesehen von dem Hut des Täters, den er bei der Flucht verlor — eine Spur zu finden. Trotzdem dürfen diese braunen Mordbestien ungehindert gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft hetzen, zwischen den Zeilen zu Vergeltungsmaßnahmen aufrufen!

Mittwoch vormittag hat sich bei der Suche nach dieser Mordbestie ein neues Moment ergeben. Es ist festgestellt worden, daß der nationalsozialistische Rechtsanwalt Buhl aus Dortmund-Hörde am Samstag abend von einer Wirtschaft aus nach dem Höchsten mit einer unbekanntenen Person telefonisch gesprochen hat. Als später die SA nach Hörde zurückkehrte, soll er sehr aufgeregt nach einen bestimmten SA-Mann gefragt haben. Die Polizei vermutet, daß Buhl jedenfalls mehr von der Mordsache weiß, als er bisher zugegeben hat.

Wieder sind zwei Arbeiter tot und einer schwer verletzt auf der Strecke geliehen! Wenn die Polizei auch bisher in ihren amtlichen Berichten nicht davon spricht, daß der Täter ein Nationalsozialist ist oder sein kann, so darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß er es mit 99 Prozent Wahrscheinlichkeit ist. Sehen wir uns einmal die an, die vor den Gerichten und besonders vor den Dortmunder Gerichten wegen verbotenen Waffenbesitzes und Rohheitsakten an politisch Andersdenkenden Revue passieren, — es sind doch fast ausschließlich Angehörige der braunen Mordgardien! Das Proletariat muß, wenn es von diesen Schlichtergesellen nicht abgekillt werden will, sich zusammenfinden in einer gemeinsamen Front, in der Einheitsfront der klassenbewußten Werktätigen.

Distriktsvorstandes zur Schaffung einer proletarischen Einheitsfront. Die Versammlung nahm des weiteren Stellung zu den zur Erörterung stehenden Organisationsfragen der SAP und war der Auffassung, daß vom Delegiertensystem Abstand genommen werden soll und bis auf weiteres zentrale Mitglieder-Versammlungen als oberste Einheit der Partei zu halten.

Firma Fries und Sohn vor dem Arbeitsgericht. Vierzehn Arbeiter wurden von der Firma Fries und Sohn vorigen Herbst entlassen. Es wurde Einspruch gegen die Entlassungen erhoben. Die Belegschaft erklärte sich bereit, einer weiteren Kürzung der Arbeitszeit zuzustimmen, um die Kollegen zu halten. Die Geschäftsleitung wollte diesem Vorschlag nur dann zustimmen, wenn der Betriebsrat — gewissermaßen als Entgelt — bei künftigen Kündigungen keinen Einspruch erhebe. Die 14 Mann wurden entlassen. Sie riefen das Gericht an, verlangten, daß man sie entweder weiter beschäftige oder ihnen eine Abfindung gewähre. Festgestellt wurde, daß die Firma Fries und Sohn inzwischen schon Einstellungen vorgenommen hatte. Das Gericht nahm an, daß eine unbillige Härte vorliege. Es verurteilte die Firma Fries und Sohn zur Zahlung von je 500 Mark.

Machen die Kinos pleite? In einer Versammlung der Lichtspieltheater-Besitzer wurde Klage über die Auswirkungen der Notverordnungen geführt. Die Umsatzsteuer erdrücke die Kinobesitzer. Die Lohnsenkung bedeute keine spürbare Entlastung. In den letzten Jahren hatten 18 Kinobesitzer Pleite gemacht. Insgesamt gabe es in Frankfurt a. M. noch 40 Lichtspieltheater.

Heidelberg

Der Sozialistische Studentenverband im Angriff. Dem Gründungsausspracheabend „Leninistische Kritik an der KPD“ folgte am Freitag ein Referat des Genossen Fritz Belleville-Frankfurt, Vorstandsmitglied der RSG, über „Die Theorie der permanenten Revolution und ihre praktische Bedeutung“. Die RSG Heidelberg fand nach dem für sie schlechten Ergebnis bei dem ersten Diskussionsabend für ihr Fernbleiben die Begründung, im gegebenen Augenblick sei keine Zeit für solche Aussprachen. Wir, die „Trotzkisten und Sozialfaschisten“ werden Wege finden müssen, die sonst so eifrig diskutierenden KPDisten zu zwingen, in Zukunft zu erscheinen. Die sozialdemokratische SST kündigte für gleichen Abend mit Flugzettel einen eigenen Vortrag an. Anwesend waren dort mit Referent neun Personen. — Am Freitag, 5. Februar, spricht Genosse Breux-Diamond über: „Rosa Luxemburg, ihre politische Linie“.

Heidelberg-Pfaffengrund

Der Bezirk Baden-Nord eröffnete seine Propagandakampagne mit einer öffentlichen Versammlung mit dem Genossen Portune in Pfaffengrund. Die SPD-Bozzen forderten ihre Mitglieder auf, diese Versammlung zu boykottieren. Die KPD holte sich den Genossen Böning als Diskussionsredner. In der sachlichen Aussprache, an der sich neben einem SAP-Genossen auch der Presseberichterstatter der sozialdemokratischen „Volkszeitung“ beteiligte, konnten dem SPD-Genossen Aufschluß über den „Leinert- und Brodat-Skandal“ und dem KPD-Genossen Angriffe auf die SAP bezüglich ihrer Stellung zur Diktatur des Proletariats und zu den freien Gewerkschaften mittels Lenins Schrift „Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ widerlegt werden. — Der An-

fang ist auch hier erfolgreich gewesen. Genossen vom Pfaffengrund, an die Arbeit!

Heidelberg-Schönau

Einer öffentlichen Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Minister Rommele, in der er davon sprach, daß die „ordnungsliebenden, demokratischen Sozialisten“ das bestehende Staatssystem mit dem Bürgertum zusammen auch gegen eventuelle Aufstände von links zu schützen hätten, folgte unsere erste Versammlung mit dem Genossen Portune. Die SPD-Mitglieder wurde „empfohlen“, fernzubleiben. Die KPD bewies ihre Schwäche in Schönau durch ihre Diskussionsredner. — Auch hier muß die Arbeit nun mit voller Energie einsetzen.

Stuttgart

LLL-Feier der KPD, SAP und des Jugendkartells. Zum ersten Male in der Geschichte der Stuttgarter Arbeiterbewegung haben sich zwei proletarische Parteien, die SAP und die KPD zusammengefunden, um gemeinsam mit dem proletarischen Jugendkartell ihrer großen Toten zu gedenken. Lenin, Liebknecht und Luxemburg; sie gehören nicht einer Partei, ihr Werk galt der ganzen Klasse. Die ganze Arbeiterklasse schöpft in den Januartagen im Gedenken an die toten Führer der Revolution Mut und Kraft, um das Werk zu vollenden. „Im Geiste Liebknechts, Luxemburgs, Lenins vereint, bereit zum Abwehrkampf, bereit zur Revolution.“ So gelobte es in gemeinsamem Chöre die Jugend, SJV, KJO, Naturfreunde, Genosse Dornbusch (SAP) und Genosse Hammer (KPD) wiesen unseren Weg zur Roten Einheit!

Neue Wege aus der Krise empfahl Dr. Joh. Müller in seinem letzten Vortrag über „Organische Neuordnung“. Die heutige Krise sei vor allem auf falsche Ernährung des Menschen zurückzuführen. Der Mensch müßte „wieder“ arm werden, er dürfte nicht lesen, nicht ins Theater gehen — das sei „Kulturillusionsismus“. Das Denken habe Bewegungen wie den Marxismus verschuldet —, der Glaube werde „den Weg zurückweisen“. Sich „richtig“ ernähren und glauben und sich von der Aristokratie, einer gottgewollten Eliteschicht beherrschen lassen, nicht Organisation, sondern organische Neuordnung, nicht Masse, sondern Volk könnten eine „neue Zeit“ herbeiführen. Nun wissen wir's ganz genau. Elite, ja —, aber nicht die des Dr. Joh. Müller!

Stralsund

Der Arbeiter-Bildungsausschuß hatte einen Lichtbildervortrag mit dem Gewerbetriebslehrer Jahnke veranstaltet. Der Vortragende behandelte „Die Radioreise“. Zwei weitere Ergänzungsvorträge werden folgen. Zweck dieser drei Vortragsabende ist, alle Arbeiter-Radiofreunde in einer Gruppe des Arbeiter-Radiobundes zu sammeln. Wir werden auch in dieser neuen Kulturorganisation der Arbeiterschaft mitarbeiten. Der nächste Vortrag wird am 10. Februar stattfinden, und der letzte Abend ist für den 24. vorgesehen.

Die Generalversammlung des Zda wies einen guten Besuch auf. Die Jahresberichte des Vorsitzenden und des Kassierers boten immerhin ein erfreuliches Bild. Der Bezirksleiter Pahl, Rostock, behandelte in seinen Ausführungen die Finanzlage des Verbandes. Die stark angewachsene Erwerbslosigkeit unter den Verbandsmitgliedern stellt hohe Anforderungen an die Kasse. Ein Antrag, die Beiträge um 20% zu ermäßigen, wurde abgelehnt. Die Mitglieder des engeren Vorstandes wurden einstimmig wiedergewählt. Unser Ortsgruppenvorsitzender, Genosse Prinz, gehört dem neuen Vorstand ebenfalls wieder an. Im neuen Geschäftsjahr soll erhöhte Aktivität entfaltet werden, damit die Reihen der Ortsgruppe gestärkt werden.

Stettin

Die Staatspartei haben es eilig. Die pommerischen Demokraten haben auf ihrem Parteitag bereits die Liste für den kommenden Landtag aufgestellt. Vorläufig haben sie aber nur vier Namen aufgestellt. — Die Demokraten sollten wissen, daß von den aufgestellten Kandidaten auch nicht einer in Pommern gewählt werden wird. Schon bei der letzten Wahl fielen sie aus und mußten die Stimmen an Mecklenburg abgeben.

Dusvitz

Junkerprovokationen. Den Landarbeitern des Gutes wurde der Lohn seit einiger Zeit nicht mehr ausbezahlt, weil angeblich kein Geld für die Löhnung zur Verfügung stand. Um diesen Zustand zu beenden, beschlossen die Arbeiter, die Arbeitsstelle zu verlassen, und 15 Arbeiter forderten ihre Entlassung. Aber durch die Abwehrmaßnahme stellte sich heraus, daß Geld zur Verfügung stand und es sich anscheinend nur um eine Kraftprobe des Junkers handelte. Da das Gut nun ohne Arbeitskräfte gewesen wäre, zahlte der Besitzer sofort alle rückständigen Löhne an die Arbeiter aus. — Es ist für die Landarbeiter unerträglich, wochenlang auf den verdienten Lohn zu warten. In diesem Zusammenhang ist eine Anfrage an den Deutschen Landarbeiterverband, Kreisgruppe Rügen, angebracht: Sollte es nicht möglich sein, durch eine konsequente Gewerkschaftspolitik derartige Machenschaften der Junker zu verhindern? Wir meinen, es müßte möglich sein!

Organisationsnachrichten

SAP Düsseldorf: Funktionärsitzung, Mittwoch, 10. Febr., 20 Uhr im Lokal Dauch, Gerresheimer Ecke Kolner Straße. Wichtige Tagesordnung! Alle Funktionäre erscheinen — Distrikt Flügern und Stadtmitte! Dienstag, 9. Februar, 20 Uhr, bei Degen, Lindenstraße, Mitgliederversammlung. Genosse Katzenstein spricht über das Thema „Demokratie oder Diktatur?“. Sympathisierende können eingeladen werden.
SAP Lösselsfeld: Samstag, 6. Febr., 20 Uhr, Parteiversammlung bei Robert Schmidt, Seiteneingang. Referent: Gen. Schnur, Dortmund.

Sportschau der SAZ

Arbeiteringer im Kampf

Städtetreffen Berlin—Breslau
Am kommenden Sonntag führt die Freie Sportvereingung 1897, Breslau, um 17 Uhr im Ettablissement „Bergkeller“, Kleischkau-Strasse, einen Kampfabend im Ringen durch, bei dem die A-Mannschaft der Vereinigung (Kreismeister 1931) einen Mannschaftskampf im Ringen gegen eine Berliner Auswahlmannschaft bestreitet, eine Veranstaltung, die zweifellos eine Reihe schöner, interessanter Kämpfe bringen wird.

In den einzelnen Gewichtsklassen wird man folgende Kämpfe sehen: Fliegengewicht: Schliekeisen (SC, Alt-Wedding), ein guter technischer Kämpfer, trifft auf H. Schmidt (1897), den 4. Sieger der Arbeiter-Olympiade. Bantamgewicht: Hüffner (Sparta-Berlin-Neukölln) war Berlins Vertreter in Wien und dürfte gegen G. Pätzold (1897) einen großen Kampf liefern. Federgewicht: Hartmann (Spvg. Tegel 99), er wird in Berlin wegen seiner wendigen Ringweise allgemein „der Schlangemensch“ genannt, trifft in H. Strauch (1897) auf einen kampfstarken Gegner. Leichtgewicht: Putzke (Alt-Wedding) ist ein guter Vertreter seiner Klasse, und H. Triebke (1897), wird alles aufbieten müssen, um würdig zu bestehen. Mittelgewicht: Höhne (Tegel 99) ist zur Zeit der stärkste Mittelgewichtler im 4. Kreis, und sollte eine große Prüfung für W. Zimmer (1897) bedeuten. Halbschwergewicht: Ein barenstarker Ringer ist Rosen-treter (Tegel 99), der einen gleichwertigen Gegner in A. Admann (1897) findet. Schwergewicht: Nagel (Alt-Wedding), 190 Pfund schwer, war stets einer der besten Berliner Schwergewichtler, und ist auch jetzt noch in der Verfassung, um F. Heier (1897), zu zwingen, sein ganzes Können zu zeigen.

Einen Aufschluß über das Können des Berliner Nachwuchses dürften die Einladungskämpfe bringen, wo in der Schülerklasse Scholz und Koslowski (beide von 1897) gegen H. Hennig und G. Fritz (beide Tegel 99) und in der Jugendklasse Bonsel (Tegel 99) gegen Junge (1897) kämpfen sollen. Ferner werden noch „Rose und Red“ (Sparta Berlin), eine Parterrenummer, das Können der Berliner Artisten, demonstrieren.

Obmännerkonferenz

des Touristenvereins
„Die Naturfreunde“, Gau Sachsen,
8. Bezirk

Die Obmänner der Naturfreunde hielten im Schwarzen Adler in Zittau Rückschau über das Jahr 1932. Der Vertreter der Gauleitung, Gen. Kohl-Dresden, betonte, daß die Funktionäre des Bezirks trotz der immer schärfer werdenden Krise Großes geleistet haben. Er habe die Hoffnung, daß die schweren Aufgaben der kommenden Monate ebenso sicher gelöst werden.

Aus den Geschäftsberichten der einzelnen Abteilungen war zu entnehmen, daß der Mitgliederbestand gehalten werden konnte. Auch die finanziellen Verhältnisse sind stabil. Nur die Wandertätigkeit hat sehr gelitten. Die Wanderauskunftsstelle hat vielen Projekten gehalten, ihre kurzen Ferien zweckmäßig auszugestalten. (Die Wanderauskunftsstelle gibt übrigens jedermann Auskunft.)

Es wurde beschlossen, die Bezirkebeiträge 1933 in alter Höhe zu belassen. Ein Filmapparat soll gekauft und an die einzelnen Ortsgruppen verliehen werden.

Die Bezirksfunktionäre wurden einstimmig wiedergewählt. Folgende Bezirksveranstaltungen für das Jahr 1933 wurden einstimmig beschlossen: Am 14. Februar Wintersportfest, im April eine Bezirksjugendveranstaltung, am 4. und 5. Mai Besuch der Glasbläser-Schule in Stein-schönau (CSR), 25. und 26. Juni: Bezirksfest in Seifhennersdorf, im Juli eine Badesternwanderung der Bezirksleitung nach dem Naturfreundebad Waltersdorf. Am 16. November gelangt in Eibau und in Zittau der Naturfreundeskilom der Landesgruppe Schweiz „Empor zur Sonne“ zur Vorfahrt. Für 1933 ist eine Photoausstellung verbunden mit Bezirksfesten in Zittau geplant.

Um die Sächsische Kreismeisterschaft

Es geht dem Schluß zu
Das unentschiedene Resultat im Spiel des Zwickauer Meisters gegen Kiesa hat immerhin eine wesentlich veränderte Situation geschaffen, und es ist für den weiteren Verlauf die Hauptfrage: Wie wird sich Riesa gegen Leipzig schlagen? Durch den Ausgang des Spieles ist Niederhaußlau zweifellos etwas ins Hintertreffen geraten, während sich Riesa berechnete Kreismeisterschaftsansprüche erworben hat; denn die Mannschaft hat bewiesen, daß sie nicht einseitig ausgebildet ist, sondern von allen Spielmöglichkeiten und -vorteilen etwas versteht. Niederhaußlau muß aus dem Spiel des vergangenen Sonntags lernen. Die Spielweise konnte nur bescheidenen Ansprüchen genügen.

Am 14. Februar in Leipzig wird der Einsatz doppelt hoch sein, ganz gleich, ob am kommenden Sonntag Leipzig in Riesa gewinnt oder verliert. Auf alle Fälle aber wird sich

Leipzig davor hüten, seinen Gegner an diesem Sonntag zu unterschätzen.
Die neue Serie beginnt am 6. März.

Die besten Wiener Arbeiterschwimmer in Berlin
Die Berliner Arbeitersportler des Arbeiter-Turn- und Sportbundes rüsten für den 12. und 13. März zu großen Städtewettkämpfen Berlin—Wien. Die besten Arbeiterschwimmer und Schwimmerinnen von Wien und Berlin werden ein umfangreiches Programm mit Wettkämpfen in den verschiedensten Schwimmarten, Springen und Wasserballspielen durchführen.

Deutsche Arbeiterschwimmer nach Norwegen
Der norwegische Arbeitersportbund hat den deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbund für den 7. Februar zur Teilnahme an der Weihe eines Hallenbades in Oslo eingeladen. Die deutsche Bundesleitung hat die Olympiasiegerin Frohn (Fr. Schwimmer Berlin) und den Olympiawettkämpfer Grünh (Fr. Schwimmer Charlottenburg) mit der Vertretung betraut.

Wichtige Tagungen der Arbeitersportler

Vorwärts im Vogtland

Die am 24. Januar im Heim Ost-Plauen abgehaltene Hauptversammlung der 3. Gruppe des 8. Bezirks war von allen Vereinen mit Ausnahme von Kleinfriesen besetzt. Die Berichte des geschäftlichen Leiters sowie die der technischen Leiter zeigen, daß die 3. Gruppe finanziell und sportlich gut fundiert ist. Die Veranstaltungen waren alle gut besucht. Gruppenturnfest in Kürbitz, Bezirksturnfest in Oelsnitz usw. bewiesen die Aktivität der 3. Gruppe. Die älteren Turner beteiligten sich überall zahlreich. Einen guten Aufschwung hat auch die Kinderbewegung unter bewährter Leitung zu verzeichnen.

Die alten Funktionäre wurden wiedergewählt. Zum zweiten Gruppenturnwart bestimmt wurde Genosse Schmidt.

Ueber das Jahresprogramm wurde lebhaft debattiert. Unter anderem wurde der Gruppenkindertag Taltitz besprochen. Der Reichsarbeitersporttag für die Landvereine wurde Straßberg zugebilligt. Er gelangt dort am 19. Juni zur Durchführung. W. F.

Prächtiger Verlauf des 13. Bezirkstags der Fußballer in Cainsdorf

Von einer vorbildlichen Einmütigkeit war der von 66 Delegierten besuchte Bezirkstag beherrscht. Von jeher sind die Fußballer gewohnt, sehr viel auf die Feststellung der gewerkschaftlichen und politischen Zugehörigkeit zu halten.

Von den 66 Delegierten waren 55 Stammdeligierte und 11 Bezirksfunktionäre. Davon gehörten an der SPD 27, der SAP 19 und der KPD 2. 56 Genossen waren gewerkschaftlich organisiert und 48 hatten den Kirchenaustritt vollzogen. Die noch außerhalb der Reihe kmpfen, waren zumzeit Delegierte der neu entstandenen Vereine.

In das Tagungsprogramm waren alle brennendsten Organisationsfragen einbezogen. Niemandem dürfen Sonderrechte eingeräumt werden. In allgemeinen kamen die gut vorbereiteten und wohlüberlegten Vorschläge der Unterausschüsse zur Annahme. Der Klasseneinteilung wurde in der folgenden Zusammensetzung zugestimmt. Klasse Gruppe A: Vielau, Wilkau, Netzschkau, Zwickau-Süd, Reichenbach, Niederhaußlau, Oberhaindorf, Neukirchen, Heinsdorf. Gruppe B: Plamitz, Crimmitschau, Cainsdorf, Marienthal, Zwickau, Werdau, Zwickau-Nord, Ebersbrunn. 2. Klasse: Gruppe A: Neuschönburg, Pöhlitz, Mulsen-Nielau, Mulsen-Jacob, Hartensdorf, Wiesenburg, Friedrichsgrün, Mosel, Frauenth. Gruppe B: Lengeneid, Ritschau, Grün, Mylau, Steinpleis, Schönfels, Brockau, Lichtentanne.

Bei Erledigung der Anträge erfolgte noch eine Auflockerung der bisherigen Ergänzungsbestimmungen. In der Steuerfrage wurde eine entspannende Lösung gefunden. Antr. ge auf Festlegung der großen Bezirksveranstaltungen sollen lediglich für den Bezirksvorstand als Material dienen. Pflichtspiele für Knaben wurden abgelehnt. Das Bezirksfest aller Sparten in Wilkau soll die Fußballer in größter Aktivität sehen.

Nach siebenstündiger Beratung und Diskussion erfolgte noch die ernsthafte Wiederwahl der Hauptfunktionäre: Genosse Bohm-Cainsdorf als Bezirksleiter; Genosse Lorenz-Niederhaußlau als Kassierer; Genosse Blumenstein-Wilkau als Techniker; Genosse Schneider-Wilkau als Presseobmann.

Rück- und Ausschau in der Oberlausitz

32. Bezirksturntag in Löbau

Aus den Berichten erfuh man, daß sich die Bewegung trotz der Krise gut behauptet hat, doch hat sich ein — allerdings geringer — Mitgliederchwund nicht aufhalten lassen. Die Funktionäre wurden alle einstimmig wiedergewählt, u. z.: 1. Vorsitzender Albert Helmert (Bautzen); 2. Vorsitzender Walter Jentsch (Leutersdorf); Kassierer Richard Tannert (Bautzen); Schriftführer Gustav Hentschel (Doberschau); Jugendleiter Josef Scharrmann (Löbau); Techn. Obmann Gustav Schneider (Löbau); Männerturnwart Herbert Feske (Demitz) und Eduard Zelezny (Löben); Frauenturnwart Erich Gönnel (Eibau) und Herta Halank (Ebersbach); Kinderturnwart Karl Bürger (Neugersdorf), Richard Lauterbach (Ebersbach); Handballspielleiter Herbert Steudtner (Niederkunnersdorf) und Martin Grusche (Löbau); Sportwart Erich Lauterbach (Ebersbach) und Alfred Symank (Löbau); Wintersportwart Max Zentsch (Leutersdorf) und Karl Hoppe (Neugersdorf); Presseobmann der Turnsparte Max Zentsch (Leutersdorf).

Anwesend waren 46 Delegierte aus den Vereinen, 11 Bezirksturnratsmitglieder, ein Vertreter vom Kreis und 1 Vertreter vom Organisationsbezirk. Gewerkschaftlich organisiert waren 55, politisch 31, aus der Kirche ausgetreten 41.

Bezirkstag aller Sparten

Auch auf dieser Tagung wurde die Lage der Bewegung beleuchtet und u. a. festgestellt, daß im Bezirk ein neuer Verein gewonnen worden ist. Die Schwimmvereine Schmölln und Neugersdorf haben sich dem Turnverein angeschlossen. Erfreulicherweise ist die Zahl der Unglücksfälle bei den Veranstaltungen zurückgegangen. Der Kassenbericht war verhältnismäßig günstig, doch bleibt sparen nach wie vor die Parole. Auf technischem Gebiet ist es überall vorwärts gegangen; allerdings kam zum Ausdruck, daß das Verhältnis zwischen Vereinen und Bezirk noch zu wünschen übrig läßt. Bedauert wurde, daß die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft die Sportler nicht genügend unterstützt.

14 Anträge standen zur Erledigung. Gegen nur zwei Stimmen wurde beschlossen, auch die Zeitung der SAP als Publikationsorgan der Oberlausitzer Arbeitersportler zu betrachten. Der Reichsarbeitersporttag soll als örtliche Veranstaltung der Vereine gelten. Die Reorganisations-(Spar)-Anträge des Bezirksrates verfielen der Ablehnung. Das Geschäftsjahr läuft jetzt vom 1. Oktober bis 30. September. Ein Antrag, ausgetretenen Genossen die Bezirks-, Kreis- und Bundesbeiträge zu erlassen, wurde abgelehnt. Der Haushalt wurde genehmigt.

79 Delegierte waren anwesend, davon war aber nur ein verschwindend geringer Teil politisch organisiert. (Ist ein Wunder bei der Politik, die des Bundesvorstands Lieblingspartei getrieben hat? Red. d. SAZ.)

Die Bezirkstagung wurde einstimmig wiedergewählt. Es fungieren: Vorsitzender Helmert, Kassierer Atte, Schriftführer Kaiser, Technischer Obmann Schneider, Presseobmann Zentsch, Frauenvertreterin Lammich, Jugendleiter Scharrmann, Bauausschuß Lammich, Zimmer, Hentschel.

Sportgenosse Scholz-Dresden sprach dann noch über das Thema „Der Arbeitersportler als Marxist“.

Kleine Sportnachrichten

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Gau Sachsen, 7. u. 8. Bezirk.

Wander- und Ferienheim am Valtenberg bei Neukirch/Lausitz.
Wanderauskunftsstelle Alfred Richter, Zittau, Peschkestraße 9/2.

Veranstaltungen der Ortsgruppen.

- Radeberg: 7. Februar, Nv. ins Seifersdorfer Tal. Treffen 13.30 Uhr, am Lindenhof. F.: Gen. Schreiber. — Voranzeige: 12. Februar, im Kaiserhof, Filmabend: „Amerika von heute“. Red. Kapitän Hehl.
- Bautzen: 7. Februar, Nv. nach der Bläser-Schanze und Rabitz. Treffen 13.30 Uhr an der Tauberkirche. F.: Gen. Hirsch. — 11. Februar, Monatsversammlung anschließend Lichtbildervortrag des Gen. Manschke über „Meine Wandererlebnisse in den französischen Vogesen“. Beginn 20 Uhr, im Vereinslokal.
- Größhirsdorf: 7. Februar, Forstwandern. Treffen 14 Uhr, am Krankenhaus. F.: Gen. W. Börner.
- Kirchhain: 7. Februar, Wandern nach Schlenke zu zum Eschenbäumchen (C.S.R.). Treffen 11 Uhr, am Gemeindegarten.
- Schätz: 5. Februar, Schachabend beim Gen. Mehlhorn.
- Zittau: 9. Februar, Heiterer Abend im Volkshaus. Beginn 20 Uhr.
- Löbau: 7. Februar, Treffen 18 Uhr, an der Brücke B. F.: Max Büschmitt.
- Lauba: 7. Februar, Diskussionsabend, 19 Uhr, beim Gen. Springer. — 10. Februar, Liederabend, 19.30 Uhr, beim Gen. Albert.
- Eibau-Waldsdorf: 10. Februar, öffentlicher Filmabend „Mutter Krausens Fahrt ins Glück“. Eintrittspreise 65 Pf. und 40 Pf. Beginn 20 Uhr im Hotel Hirsch, Eibau.
- Neugersdorf: 7. Februar: Was wir am Dienstag beschließen. — 10. Februar, besuchen wir den Filmabend in Eibau. Treffen 18.45 Uhr an der Bahnhofsbrücke.
- Seifhennersdorf: Jugendgruppe: 11. Februar, Vorlesung „Mensch und Aebtel“. Beginn 20 Uhr, im Jugendzimmer, Altschule. — Wintersportfest: 8. Februar, Versammlung 20 Uhr, im Café Wenzel.
- Oberoderwitz: 6. Februar, 19.30 Uhr, Monatsversammlung im Gasthaus zur Brennporel.
- Hirschfeld-Reibersdorf: 5. Februar, Monatsversammlung, 20 Uhr, im V.L. alte Schule. Zu allen Veranstaltungen der Ortsgruppen sind Gäste herzlich willkommen.

Organisationsnachrichten

SAP

- Ortgr. Friedrichshain: Freitag, 5. 2., 20 Uhr, komb. Funktionärsitzung im Lokal Bromberger Str. 12.
- Ortgr. Steglitz: Dienstag, 9. 2., 20 Uhr, bei Wernicke, Ruge, Ecke Berlinicke-Str., Fortsetzung der Diskussion über den Rußland-Vortrag des Gen. Gerloff. Gäste willkommen.
- Verein Sozialistischer Arbeiter Gr.-Berlin: Sitzung Montag, 8. Februar, 20 Uhr, im Aerztheus, Genthiner Str. 34. T.-O. „Lübeck“. Referent: Gen. Stahmedizinalrat Dr. Rodewald, Waldenburg. Diskussion. Gäste willkommen.
- Deutsche Friedensgesellschaft, Bezirk Ost: Dienstag, 9. 2., 20 Uhr, im Lokal H. Zibell, Gr. Frankfurter Str. 6, Diskussionsabend. Es spricht H. Kraschutski, Kapitänleutnant a. D., über „Krieg und Frieden bei Menschen und Tieren“. Gäste willkommen.

SJV

Heute, Freitag, 5. Februar, 19.30 Uhr:

- Charlottenburg: „Karl Liebknecht“: Heim, Kaiserin-Augusta-Allee 97a. Tagespolitik.
- Frankfurter Allee I: Heute Zusammenkunft beim Gen. Bernhard Hein, Boxhagener Str. 22.
- Geundbrunn: Heim, Pank-, Ecke Wiesenstraße, Mitgliederversammlung.
- Hans: Heim, Schleswiger Ufer 16, Auswirkung der 4. Nov.-Verordnung.
- Köpenick August Bebel „roter Aufbau“: Heim, Grünauer Straße August-Bebel-Feier.
- Mitte „Rote Pioniere“: Heim, Elisabethkirchstraße, Tagespolitik.
- Neukölln I: Heim, Mahlower Straße, Mitgliederversammlung.
- Neukölln II: Heim, Mahlower Straße, Mitgliederversammlung.
- Neukölln III: Heim, Hertzbergplatz, Mitgliederversammlung.
- Neukölln IV „Britz“: Heim, Schule Chausseestr. 137, Heiratsfeier.
- Schönhauser Viertel „Paul Levi“: Heim, Gleimstr. 35: Die Genossen gestalten einen Abend.
- Wörther Platz „Matteotti“: Zeitungsauschnittabend.
- Westen „Lenin“: Heim, Genthiner Str. 17, Mitgliederversammlung.
- Wedding: Heim, Seestr. 84, Mitgliederversammlung.
- Wilmsdorf: Heim, Wilhelmstraße, Tagespolitik.

Mitteilungen der BL:

Roter Karneval: Die Karten sofort abholen. Eintritt 60 Pf., Erwerbslose 30 Pf.
Sonntag: Aktivgruppenappell.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Roland Beutner; für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H. Druck: Georg F. Feig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung erscheint täglich außer Montag.
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.
Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM — 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM — 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.
Alle Zahlungen sind zu leisten an: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung“

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

monatlich ... 2.40 RM. inkl. Bestellgeb.
wöchentlich ... 0.60 RM. inkl. Bestellgeb.
bei Postbezug 2.10 RM. zuzügl. 36 Pf.
Zustellungsgebühr

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m.b.H. Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Wie kommen wir zum Sozialismus?

Diese Frage behandelt Max Adler (Wien) in der soeben herausgekommenen

neuesten Nummer des „Klassenkampf“

Die Nummer enthält außerdem einen Beitrag über „Die Organisation der KPD“, „Vorschläge über unsere Arbeit unter den Erwerbslosen“ und „Beiträge zur Diskussion über das Räte- und Währungsproblem“.

Der „Klassenkampf“ ist das theoretische Diskussionsorgan der SAP

Jeder Parteigenosse muß es lesen!

Es muß hinein in die Massen!

Der „Klassenkampf“ kostet monatl. 45 Pf., vierteljährig 1.35 P.M. Bestellungen an unsere Vertriebsobleute in den Ortsgruppenleitungen oder direkt an die

Prele Verlagsgesellschaft m. b. H., Bln.-Tempelhof

Hohenzollerstraße 67

Die Ente

Neue Nummer!



Aus dem Inhalt:
Der Pfaffe und die Emmental, Jungfrauen / Beamte mit Papierkragen / Hinter Redaktionstüren
Sahm als Harun Al Raschid / Mussolinis Esel

10 Pfennig

Bei allen Zeitungshändlern, Probnummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstr. 7

Das Kampfsignal heute neu!

Anzeigen-Werber

gesucht für Zusammenstellung von Bezugsquellenverzeichnissen einer Tageszeitung.

Höchste Provisionen, sofort bares Geld!

Angebote sind zu richten unter „Postlagerkarte Nr. 78“ Berlin SW 48

Eiesterberg



Turnverein „Frisch-Auf“ Eiesterberg

Vom 6. bis 8. Februar

Bockbier-Ausschank

(Lenggold Glas 35 Pf.) Freitag: Ausicht! Sonnabend, 6. Februar ab 19 Uhr Vereinstanzkränzchen.

Flotte Musik! Alle Mitglieder mit ihren Angehörigen laden wir hierdurch ein. Der Vorstand u. Wirt.

Stärkt den Pressedonds

SAP Der tägliche Vorwärtsschritt

In Zeitz traten nach einer Versammlung des Genossen Rosenfeld 7 neue Mitglieder der Partei bei.

In Heidenau hat sich die Zahl der SAZ-Abonnenten seit Gründung der Gruppe um 50, die der Abonnenten unserer Wochenzeitung um 80 Prozent gesteigert.

In Niedersiedlitz hat sich die Zahl unserer Mitglieder seit der Gründung verdoppelt.

In Eppendorf bei Chemnitz wurden in einer einzigen Werbeaktion 12 neue Mitglieder für unsere Partei gewonnen.

In Gahlenz bei Chemnitz sind die Vorsitzenden der SPD und KPD zu uns übertreten.

Vorwärts an der Gewerkschaftsfront

Die Generalversammlung des Bauarbeiterverbandes in Cunewalde wählte zum ersten und zweiten Vorsitzenden SAP-Genossen. Der erste Vorsitzende wurde mit 24:10, der zweite mit 23:12 Stimmen gewählt.

In Zittau erhielt die Liste der SAP für die Delegiertenwahl des Metallarbeiterverbandes 56, die der Ortsverwaltung 17 Stimmen.

Der Ortsverein Reichenbach des Buchdruckerverbandes wählte in seiner Jahreshauptversammlung zum 1. Vorsitzenden und Schriftführer SAP-Genossen. Zweiter Vorsitzender wurde durch Losentscheidung zwischen SAP und KPD ein Kommunist. Die Reformisten haben nichts mehr zu melden.

Kampf um die Wahlreform

Stürmische Sitzung der französischen Kammer

Paris, 4. Februar.

Die französische Kammer hat bis gegen 3 Uhr nachts getagt und sich weiterhin mit der beabsichtigten Wahlreform beschäftigt. Die Sozialisten und Radikalsozialisten haben auch in dieser Sitzung mehrere heftige Zwischenfälle heraufbeschworen, die mehr oder weniger in regelrechte Tumultszustände ausarteten. Wenn die Abgeordneten sowohl der Rechten als auch der Linken sich gegenseitig beschimpften, stimmten die Kommunisten die Internationale an, so daß sich der Kammerpräsident gezwungen sah, die Sitzung zu unterbrechen. Der Antrag des Präsidenten des Wahlreformausschusses der Kammer, Mandel, die Fortsetzung der Aussprache auf den heutigen Donnerstagmorgen zu vertagen, wurde mit 292 Stimmen der Rechten gegen 253 Stimmen der Linken angenommen.

Steuerstreik französischer Unternehmer

Ultimatum an die Regierung

Paris, 4. Februar

Eine Reihe von französischen Industriellen aus dem ehemaligen Kampfgebiet haben seit längerer Zeit wiederholt Schritte unternommen, um Steuernachlässe zu erhalten. Die betreffenden Industriellen, die behaupten, sich in einer besonders schwierigen wirtschaftlichen Lage zu befinden, haben nunmehr beschlossen, falls ihnen keine Erleichterungen gewährt werden, jegliche Steuerzahlung zu verweigern und ihre Betriebe zu schließen. Sie haben diese Erklärung in Form eines Ultimatums abgegeben und für dessen Ablauf die Frist von einem Monat gestellt.

Französische Kommunistenführer ausgetreten

TU. Paris, 4. Februar.

Eines der führenden Mitglieder der Kommunistischen Partei Frankreichs, der aus dem Autonomistenprozeß auch in Deutschland bekanntgewordene Rechtsanwalt Berthon, ist aus der Partei ausgetreten, da zwischen ihm und dem Moskauer Politbüro ernste Meinungsverschiedenheiten über die Innen- und Außenpolitik der Räterepublik entstanden sind.

Die „starke Hand“ in Indien

Delhi, 3. Februar.

Die Zahl der Personen, die seit Dezember 1931 wegen zivilen Ungehorsams gefangen gesetzt wurden, soll zwanzigtausend (?) übersteigen.

*

Bombay, 3. Februar. (Reuter.)

Die Polizei hat Befehl erhalten, unachtsamlich von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, wenn ihren Anordnungen nicht Folge geleistet werden sollte. Diese Maßnahme hat sich wegen der vielen Gewalttätigkeiten, die hier in letzter Zeit begangen wurden, als notwendig erwiesen.

Der Ministerkandidat des österreichischen Landbundes. Der Landbund hat den Obmann des Landbundes für Oberösterreich, den Landwirt Franz Bachinger, für den bisher noch unbesetzten Posten eines Bundesministers in Vorschlag gebracht.

Japan imponiert nichts

Absage an die Mächte

(Reuter) Tokio, 4. Februar.

Japan hat den dritten und vierten Punkt des Vorschlages der Mächte vorbehaltlos angenommen. Die Annahme des ersten Punktes erfolgte unter gewissen Bedingungen, während der zweite und der fünfte Punkte abgelehnt wurden.

*

Die Londoner „Times“ veröffentlichen eine Erklärung des japanischen Außenministers Joschisawa,

in der es u. a. heißt: Die japanische Regierung unterscheidet klar zwischen dem mandchurischen Streitfall und den Ereignissen in Shanghai. Solange dieser Unterschied nicht anerkannt wird, wird die japanische Politik mißverstanden. Die Interessen Japans in der Mandchurei sind von ungeheurer wirtschaftlicher und politischer Bedeutung.

Die Mandchurei ist für Japan eine Angelegenheit von Leben und Tod,

während die japanischen Interessen in Shanghai denjenigen der anderen Mächte ähnlich sind. Japan hat in Shanghai keine gebietsmäßigen oder politischen Absichten; es wünscht nur, friedlich Handel zu treiben und seine Staatsangehörigen zu schützen. Die Ermordung eines japanischen Priesters und ein beleidigender Artikel gegen die kaiserliche Familie sind nur der Höhepunkt einer langen Reihe von japanfeindlichen Handlungen gewesen, die durch die Annahme der japanischen Bedingungen abgeschlossen würden. Japan ist zur Annahme eines vernünftigen Abkommens zur Wiederherstellung des Friedens unter ehrenvollen Bedingungen bereit. Durch Zurücknahme der chinesischen Truppen muß die Sicherheit der japanischen Staatsangehörigen erreicht werden. Das muß geschehen, bevor die japanischen Truppen zurückgenommen werden können.

Chinesische Erfolge

Japanische Angriffe gegen Shanghai abgeschlagen

TU. Shanghai, 4. Februar.

Die Japaner griffen erneut die chinesischen Stellungen am Nordbahnhof an und versuchten, die chinesischen Truppen zu überflügeln. Der Angriff mißlang, nachdem die Chinesen in der Nacht Verstärkungen herangezogen hatten und auch einen Panzerzug einsetzten. Die chinesischen Truppen gingen anschließend zum

Studentenkrawalle

Berlin, 4. Februar.

Am Donnerstag kam es abermals in der Berliner Universität zu schweren Zusammenstößen zwischen nationalsozialistischen und linksstehenden Studenten.

Es war kurze Zeit vorher das Senatsurteil bekanntgegeben worden, wonach zwei Hakenkreuzstudenten und zwei sozialistische Studenten von der Universität verwiesen wurden. Außerdem war dem Führer der NSDAP-Studenten die Relegation angedroht worden.

Als am Donnerstag mittag eine kleine Gruppe von Studenten die Universität betrat, deren Aussehen von den versammelten Ariern als jüdisch empfunden wurde, begann sofort ein wüstes Geschrei

„Juden raus!“

und es entspann sich in der Wandelhalle und im Vorhof der Universität eine größere Schlägerei zwischen den faschistischen Rowdies und ihren Opfern.

Der Sicherheitsdienst der Universität war den Terrorbanden gegenüber nicht in der Lage, durchzugreifen; sofort herangezogene Polizei räumte dann Wandelhalle und Vorhof unter Anwendung des Gummiknüppels.

Sechs Hakenkreuzstudenten und vier Sozialisten wurden festgenommen.

Der Rektor hat die Schließung der Universität für den Rest des Tages angeordnet.

Die Nationalsozialisten an der Berliner Universität sind eine Kulturschande.

Wenn das Rektorat nicht in der Lage sein sollte, nun endlich mit den Hilfsschülermanieren dieser Hakenkreuzlausuben Schluß zu machen, wird die Arbeiterschaft selbst nach Mitteln suchen müssen, den roten Studenten das ungestörte Studium an der Universität zu ermöglichen.

Rivalen in der nationalen Front

Berlin, 3. Februar.

Zwischen Stahlhelm und Nationalsozialisten ist ein heftiger Notenkrieg ausgebrochen. Der Stahlhelm setzt sich gegen die zunehmenden Angriffe zur Wehr und veröffentlicht jetzt einen langen Brief an Hitler, in dem Beschwerde über das Verhalten Hitlers auf der Harzburger Tagung geführt wird. Zum Schluß dieses Briefes wird erklärt, daß in der Stahlhelm-Rede trotz der zahllosen täglichen Angriffe gegen die Bewegung nichts gegen die Nationalsozialistische Parteigebraucht werde. Herr Röhm (Hitlers „Stabschef“) hingegen habe die feste Absicht verkündet, den Stahlhelm zu zerschlagen

Gegenangriff über. Zwei japanische Bataillone an der Wusung-Bahn sind in Gefahr, abgeschnitten zu werden. Die Wusung Forts sind erneut von japanischen Zerstörern erfolgreich beschossen worden.

Waffenruhe für Nanking vereinbart

TU. Nanking, 4. Februar.

Am Mittwoch nachmittag wurde an Bord eines vor Nanking liegenden japanischen Kriegsschiffes eine Konferenz zwischen vier chinesischen Regierungsbeamten, dem japanischen Konsul und dem japanischen Seebefehlshaber abgehalten. Es wurde vereinbart, daß von keiner Seite das Feuer eröffnet werden soll, es sei denn, daß sich eine Seite einer Herausforderung schuldig macht. Die japanischen Kriegsschiffe sind eine Strecke weiter stromaufwärts gefahren, während sich die chinesischen Kriegsschiffe flussabwärts bewegten. Zwischen beiden Geschwadern liegen jetzt die englischen und amerikanischen Kriegsschiffe.

Beruhigungspille für Moskau

Tokio, 4. Februar.

Nach dem Einmarsch der japanischen Truppen in Charbin hat die japanische Regierung ihren Botschafter in Moskau beauftragt, der Sowjetregierung mitzuteilen, daß die japanische Regierung gezwungen gewesen sei, Charbin zu besetzen. Das japanische Oberkommando habe strenge Anweisung erhalten, keine Schritte zu unternehmen, die gegen die russischen Interessen verstießen. Nach Wiederherstellung normaler Verhältnisse würden die japanischen Truppen Charbin wieder räumen. Die japanischen Truppen hätten Anweisungen erhalten, irgendwelche Konflikte mit russischen Beamten zu vermeiden.

Selbstmord des Admirals Shiosawa?

Schanghai, 4. Februar

Nach einem hier umlaufenden Gerücht soll der japanische Admiral Shiosawa Harakiri begangen haben. Obwohl dieses Gerücht noch keine Bestätigung findet, wird es von vielen hier geglaubt, da Shiosawa in dem Oberkommando der japanischen Flotte in den chinesischen Gewässern durch Admiral Nomura ersetzt worden ist.

oder der nationalsozialistischen Bewegung einzugliedern. Die Lage sei zu ernst, als daß sie durch den Kampf im nationalen Lager noch verschärft werden dürfte. Bleibe aber Röhm's Auffassung bestehen — und Hitler sei von ihr noch nicht abgerückt —, dann treffe Hitler die volle Verantwortung für einen Bruderkampf und vielleicht für das Schicksal der endgültigen Machtergreifung. Hitler hat darauf nicht geantwortet.

Ueber der Regierung steht der Richter

Hannover, 4. Februar

Wegen der von der neu-elischen Regierung gegen die NSDAP verfügten Stadthallensperre hatte der Leiter der NSDAP gegen den Magistrat der Stadt Hannover Klage beim Landgericht Hannover eingereicht. Von der 4. Zivilkammer ist gegen den Magistrat Hannover nunmehr folgendes Urteil ergangen: Der Magistrat wird verurteilt, den Kuppelsaal und die Ausstellungshalle am 12. Februar von 20—24 Uhr gegen Zahlung von 1200 Mark zur Verfügung zu stellen. Das Urteil ist gegen Sicherheitsstellung von 1000 Mark vorläufig vollstreckbar.

Störende Nebengeräusche



Hendersons Rede vor dem Völkerbundsrat wurde von allen Sprechern der Erde übertragen. Infolge technischer Störungen war sie leider nahezu unverständlich.

Vorbereitungen zur Reichspräsidentenwahl

Berlin, 3. Februar

Der Reichsminister des Innern hat sich telegraphisch an die Landesregierungen gewandt und diesen mitgeteilt, daß mit Ausschreibung der Reichspräsidentenwahl in nächster Zeit bestimmt zu werden sei. Wahlvorschläge bedürfen der Bescheinigung der Gemeindebehörde, daß die Wählerberechtigten sind. Diese Bescheinigungen auf den Unterschriftslisten können schon jetzt ausgestellt werden. Der Reichsinnenminister hat die Landesregierungen gebeten, die Gemeinden anzuweisen, Ersuchen um Ausstellung derartiger Bescheinigungen mit größtmöglicher Beschleunigung zu entsprechen.

Der Begründer des „National-Kommunismus“ gestorben

Hamburg, 4. Februar.

Im Barmbecker Krankenhaus ist heute der Schriftsteller Dr. Heinrich Laufenberg gestorben. Er war in den ersten Monaten nach der Revolution 1918 in Hamburg Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats und spielte dabei eine führende Rolle. Laufenberg war durch seine „Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung“ bekannt. Vor allem wurde er berühmt, als er einige Zeit nach der Revolution den sogenannten „National-Kommunismus“ gründete. Was das ist, ist ewig sein Geheimnis geblieben. Er litt an einer Magenkrankheit, die sich allmählich verschlimmerte und schnell zum Tode führte.

Bauern beim Finanzminister

Berlin, 4. Februar

Der Vorstand der Deutschen Bauernschaft hatte am Donnerstag eine grundsätzliche Aussprache mit dem Reichsfinanzminister Dr. Dietrich über die Fragen der Umsatzsteuer, der Bürgersteuer, der Gebührenschaft für die Siedlung, über die Fragen der Osthilfe, insbesondere den Plan der Entschuldung durch Wiedereinführung der Rentenbankgrundschuld für alle landwirtschaftlichen Betriebe im Osten. Darüber hinaus wurden dem Reichsfinanzminister Vorschläge über eine weitere Senkung der landwirtschaftlichen Produktionskosten gemacht durch Herabsetzung der Futtermittelzölle, der Pachtpreise und der Zinsen für Personalkredite.

Für tausend Schilling zu haben

Die Bestechungsaffäre der österreichischen Journalisten

Wien, 3. Februar.

Die Organisation der Wiener Presse veröffentlicht in ihrem Organ, dem „Journalisten“, den Abschlußbericht über die Untersuchung der Bestechungsangelegenheit bei der Kreditanstalt. Sie hat ergeben, daß fünf Journalisten, die der Organisation der Wiener Presse angehören, einen Betrag von 5100 Schilling für ihre eigene Person angenommen haben. Der Ehrenrat der Organisation hat 23 Fälle in Untersuchung gezogen. Davon wurde nur in einem Falle die Strafe der Streichung aus der Mitgliederliste verhängt und in mehreren anderen Fällen wurden Rügen ausgesprochen. Die übrigen wurden freigesprochen.



„Karneval in der Messehalle Köln-Deutz. Zum Besten der Winterhilfe des Westdeutschen Rundfunks.“

Wir warnen Neugierige. Diese Karnevalveranstaltungen sind organisiert zur Erheiterung geistig Minderjähriger und halten den Vergleich mit den erbärmlichsten Plattheiten des 20. Jahrhunderts mühselos aus.

Nach einem endlosen Programm voll blöder Schlagertänze und mäßiger Witze, von albernem Alltags-Geschrei gut durchzogen, zog denn auch Professor Wilhelm Schneider-Klauff als Vorsitzender einer dieser kulturell nachstehenden Vereine die richtige Schlußfolgerung aus dem fröhlichen Tun, zu dem sie da versammelt waren:

Er hielt eine Schlußrede, daß sich die Membrane krümmte und schmerzlich stöhnend die professoralen Sätze weiterspuckte. Er betonte im Brustton deutscher Männlichkeit, „daß dieses ihr Karnevalsvergnügen doch ein wahrhaft kindliches Vergnügen sei, und daß man sich dies doch nicht nehmen lassen dürfe.“ Und dann war er auf einmal bei den deutschen Stämmen und betonte, daß sie alle verschieden seien und gerade deshalb besonders einig — welche Logik zwar niemand verstand, nicht einmal Herr Schneider-Klauff, der aber schon wieder weiter war und das deutsche Vaterland „deshalb“ (weshalb?) dreimal „Allaaf“ leben ließ.

Es berührt eigentümlich in der heutigen Zeit, erwachsene Männer zu beobachten, die mit wirklich metallischem Ernst und gesalben Phrasen von Heimat und Vaterland — ein Affentheater inszenieren. Deutsche Professoren als Hanswürste auf der Tribüne eines ganzen Erdballes, sich blühend im Radio... und sie nehmen sich noch ernst! Sie nehmen sich selber ernst...

Vor einer neuen Notverordnung

Stuttgart, 4. Februar.

Finanzminister Dr. Dehlinger teilte in einer Versammlung in Freudenstadt mit, daß im Laufe des Februar oder März eine neue Notverordnung der Reichsregierung zu erwarten sei, die vor allem ihren Grund in den immer unhalbareren werdenden Verhältnissen Preußens habe, dessen Finanzminister es vorziehe, unpopuläre Maßnahmen nicht selbst zu treffen, sondern durch das Reich durchführen zu lassen. Bezüglich der Einführung der Arbeitsdienstpflicht unternehme die Reichsregierung nur deshalb vorläufig keine Schritte, weil die Gewerkschaften den Gedanken ablehnten, und die Reichsregierung glaube, einatmen (!!!) auf die Unterstützung der Gewerkschaften nicht verzichten zu können.

Kampf zwischen Klein- und Großkapital

Berlin, 4. Februar.

Unter maßgeblicher Beteiligung der württembergischen Staatspartei hat der sogenannte selbständige Einzelhandel, also die kleinen Spezialgeschäfte, einen Kampf gegen die durch moderne Organisation, größere Kapitalien, raffiniertere Reklame- und Geschäftspolitik vorwärts drängenden Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte entfesselt. Man verlangt nichts mehr und nichts weniger als ein Niederlassungsverbot für neue Betriebe dieser Art.

Der Industrie- und Handelstag als zentrale Vertretung der deutschen Handelskammern hat sich mit diesen Anträgen zwar schon beschäftigt, aber aus Angst vor der eigenen Kurage die Äußerung verschoben. Dafür hat nun der Reichswirtschaftsrat eine Enquete begonnen, um für sein Votum Material zu gewinnen.

Zunächst kamen zwei Wissenschaftler zu Wort, und zwar der Handelssachverständige Prof. Jul. Hirsch, der sich im Hinblick auf seine freundschaftlichen Beziehungen kaum zu Ungunsten der Warenhäuser geäußert haben dürfte; nach ihm oder richtiger neben ihm Prof. von Beckerath aus Köln wohl für die andere „Richtung“. Die zweite Garnitur bestand aus den Parteien selbst. Herr König vom Edeka- und Prof. Bernhard vom Warenhaus-Verband. Nun wurden die „Zeugen“ vernommen, weit über 50 an der Zahl. Und jetzt brüten die Herren im Reichswirtschaftsrat, wer denn eigentlich recht hat. Damit die Gemüter sich abkühlen können, vergeht bis zur RWR-Entscheidung noch eine gewisse Zeit; dann ist wieder der Industrie- und Handelstag an der Reihe usw. Oder aber der Einzelhandel merkt noch vor der Entscheidung der Instanzen, daß die Großbetriebe im gegenwärtigen Zeitpunkt ihr Geld lieber auf die hohe Kante legen, statt es in neue Investitionen zu stecken. Und zieht den Antrag zurück. Hornberger schießen?

Panikstimmung in Amerika

Hoovers Appell an die Geldhamsterer

Washington, 4. Februar.

Präsident Hoover hat sich am Mittwochabend in einer Art Aufruf an die Bürger der Vereinigten Staaten gewandt mit der Bitte, ihn in seinem Kampf gegen das Geldhamster zu unterstützen. In einer Erklärung, die das Weiße Haus ausgegeben hat, werden die Führer sämtlicher Wirtschaftsverbände und sonstigen Organisationen gebeten, am kommenden Sonntagabend zu einer Besprechung nach Washington zu kommen, um über den Feldzug gegen die Geldhamster zu beraten. Hoover erklärt, daß

mehr als 1,3 Milliarden Dollar versteckt gehalten

würden. Es ist das erstmal seit dem Kriege, daß die Regierung so nachdrücklich die Öffentlichkeit auffordert, sich an einem „nationalen Feldzug“ zu beteiligen. Nach der Äußerung Hoovers verletzt jeder Geldhamsterer nicht nur seine eigenen Interessen und die seiner Familie, sondern er handelt auch gegen die Allgemeininteressen. Es sei dringend notwendig, daß der Geldumlauf wieder verstärkt werde. In unterrichteten Kreisen wird die Erklärung Hoovers auf die Tatsache zurückgeführt, daß

zahlreiche Einleger ihr Geld von den Banken abgehoben

haben, weil sie befürchten, unter Umständen ihr Geld zu verlieren. Manche, an sich gesunde Bank sei deshalb zugrunde gerichtet worden. Das unwirtschaftliche Verhalten eines Teiles der Öffentlichkeit sei eine der wesentlichsten Ursachen für die derzeitige Depression.

Im Lande des Wirtschaftswunders ist also auch schon die Panikstimmung ausgebrochen. Wer von ihr ergriffen ist, wird sich aber weder durch freundliche Bitten des Präsidenten noch durch seinen Appell an das „Allgemeininteresse“ daran hindern lassen, sein Geld in Sicherheit zu bringen, wobei freilich die Frage offen bleibt, wo es eigentlich noch sicher ist. Wenn aber weitere Abzüge von den Banken verhindert werden sollen, werden wohl an die Stelle von „Bitten“ gesetzliche Maßnahmen treten müssen.

Die Ziele des zweiten Fünfjahrplanes

„Die kapitalistischen Länder einholen und überholen“

Molotoffs Bericht

Moskau, 3. Februar.

Die Konferenz der Kommunistischen Partei der UdSSR begann heute die Erörterung der Probleme des zweiten Fünfjahrplans. Den Bericht über die Direktiven zur Aufstellung des zweiten Fünfjahrplans erstattete Molotoff.

Die erfolgreiche Vollendung des ersten Fünfjahrplans in vier Jahren, so führte er u. a. aus, liefert uns die Basis für die Verwirklichung des zweiten Fünfjahrplans. Unsere Wirtschaftsmethoden zeugen vom Erfolg der sozialistischen Planwirtschaft, die sich auf die Beteiligung breiter Massen stützt. Die Erfolge des ersten Fünfjahrplans sind gleichzeitig Erfolge der Kollektivierung der Landwirtschaft.

Die grundlegende politische Einstellung des zweiten Fünfjahrplans besteht darin, fuhr Molotoff fort, daß im zweiten Fünfjahrplan die kapitalistischen Elemente und überhaupt die Klassen endgültig liquidiert, die Ursachen, die die Klassenunterschiede bewirken, restlos vernichtet werden und die gesamte werktätige Bevölkerung des Landes sich zu bewußten aktiven Erbauern der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft gestalten wird.

Wir haben in der Sowjetunion bereits einen neuen Staatstypus, der auf dem Wege zur klassenlosen Gesellschaft fortschreitet. Unser Staat ist in Wirklichkeit ein Halbstaat, eine Uebergangsform des allmählich absterbenden Staates, der bei vollständigem Kommunismus sich ganz auflösen wird. Der zweite Fünfjahrplan soll auch den Gegensatz zwischen Stadt und Land aufheben und das Dorf seiner jahrhundertelangen Finsternis endgültig entreißen. Der zweite Fünfjahrplan stellt die Aufgabe,

das materielle und kulturelle Niveau der Werktätigen zu verbessern.

Die Verbesserung der materiellen Lage ist die aktuellste Aufgabe auch des heutigen Tages.

Sodann ging Molotoff auf die Frage der Ueberwindung der Ueberreste des Kapitalismus in der gesamten Mentalität ein und wies darauf hin, daß die Sowjetunion den Weg der Aufhebung des Unterschiedes zwischen körperlicher und geistiger Arbeit betreten hat. Die Sowjetunion hat die allgemeine Grundschulpflicht durchgeführt und die Hochschulen den werktätigen Massen zugänglich gemacht.

In bezug auf die Wirtschaftsaufgaben des zweiten Fünfjahrplanes hob Molotoff hervor, daß die Vollendung der technischen Rekonstruktion sämtlicher Volkswirtschaftszweige die Hauptaufgabe ist.

Die Kapitaleinlagen des zweiten Fünfjahrplans werden auf 150 Milliarden Rubel veranschlagt.

Die führenden Elemente der Wirtschaft sind die Schwerindustrie und die energetische Basis. Auf dem Gebiete der Elektrifizierung wird für das Ende des zweiten Fünfjahrplanes eine Versechsfachung gegenüber dem Ende des ersten Fünfjahrplans erwartet. Im letzten Jahre des zweiten Fünfjahrplans wird die Stromerzeugung

100 Milliarden Kilowattstunden betragen, was die Stromerzeugung der Vereinigten Staaten im Jahre 1929 übersteigt. Der Sowjetmaschinenbau wird ins Drei- bis Dreieinhalbfache gegenüber dem Ende des ersten Fünfjahrplans wachsen, die Heizstoffquellen ins Zwei- bis Zweieinhalbfache, die Produktion der Massenverbrauchsartikel ins Zwei- bis Dreifache. Die Roheisenjahresproduktion wird 22 Millionen Tonnen betragen, was eine Zunahme um 12 Millionen Tonnen bedeutet. An neuen Eisenbahnlängen werden rund 30 000 Kilometer errichtet werden. Die wichtigste Aufgabe ist die

Steigerung des Ernteertrages der Landwirtschaft mit Hilfe der maschinellen Technik und der Elektrifizierung.

Bis Ende des zweiten Fünfjahrplans wird die Sowjetunion mindestens 170 000 Traktoren herstellen.

Molotoff fuhr dann fort: Während wir früher den Vorkriegszustand als Kriterium für die Messung unserer Erfolge zu nehmen pflegten, besitzen wir jetzt ein neues sozialistisches Kriterium: die Erfolge der Verwirk-

lichung des zweiten Fünfjahrplans werden wir bereits an den Ergebnissen des ersten Fünfjahrplans messen. Gleichzeitig gewinnt die Losung Lenins „Die kapitalistischen Länder technisch-ökonomisch einholen und überholen“ in der Gegenwart für uns eine noch größere Bedeutung, da wir uns die Aufgabe stellen, am Ende des zweiten Fünfjahrplans an der Spitze der europäischen Technik zu marschieren.

Zum Schluß ging Molotoff kurz auf die außenpolitische Situation

ein und erklärte: Die Weltwirtschaftskrise verschärft außerordentlich alle Gegensätze im imperialistischen Lager, und aus ihnen ergibt sich die Gefahr neuer Kriege und direkter Angriffe gegen die Sowjetunion. Damit müssen wir ernsthaft rechnen. Wir wachsen, so schloß Molotoff seine Ausführungen, auf mächtiger Basis unter der Teilnahme am Aufbau des Sozialismus der Millionen Werktätigen zählenden, einst vom Zarismus unterdrückten Völker, die jetzt ihre eigene sozialistische Kultur errichten.

Dem Redner wurden stürmische Ovationen dargebracht.

Ehrhardt siegt über das Reich

Um den Ehrensold für die meuternde Kapp-Truppe

Berlin, 4. Februar.

Vor dem Elften Senat des Berliner Kammergerichts fand gestern Termin in Sachen des Korvettenkapitäns a. D. Ehrhardt gegen das Reich statt. Gegen Ehrhardts Pensionsansprüche hatte in Jahre 1927 plötzlich das Reich Aufrechnung der durch den Kapp-Putsch (an dem Ehrhardt führend beteiligt war) verursachten Schäden in Höhe von mehr als 6 Millionen Mark geltend gemacht. In mehreren Instanzen wurde dieser Prozeß mit wechselndem Erfolg durchgeführt. Eine Entscheidung des Kammergerichts hatte die Ersatzansprüche des Reichs zurückgewiesen. Das Reichsgericht kassierte diese Entscheidung und wies das Verfahren ans Kammergericht zurück mit der Auflage, das Reich möge nachweisen, daß die aus dem Kapp-Putsch entstandenen Schäden tatsächlich auf die führende Teilnahme Ehrhardts und seiner Truppe an diesem Unternehmen zurückgeführt werden müßten.

In der gestrigen Sitzung ist nun das Kammergericht erneut zu der Erkenntnis gelangt, daß kein Recht des Reiches ersichtlich sei, seine etwa gegen Ehrhardt bestehenden Ansprüche aus Schäden jeder Art gegen die dem Kläger zustehende Offizierspension aufzurechnen.

Berlin, 4. Februar.

Zu der schon gestern von uns mitgeteilten Entscheidung des Kammergerichts zugunsten des Kapitäns a. D. Ehrhardt ist noch das folgende nachzutragen:

Wegen einer Teilfrage, die dahin geht, ob nicht die nach dem Kapp-Putsch den Sol-

daten der Reichswehr zugebilligte Sold-erhöhung dem Kapitän Ehrhardt zur Last zu bringen sei, weil bekanntlich dieser erhöhte Sold zuerst von Lüttwitz und Ehrhardt den meuternden Truppen versprochen und weil er danach erst — gewissermaßen zwangsweise — diesen eben noch meuternden Truppen von der zurückgekehrten legalen Reichsgewalt weiter bewilligt worden war, hat das Kammergericht eine erneute, spezialisierte Beweiserhebung für erforderlich gehalten und die Entscheidung hierüber wie über die Kosten des Verfahrens einem Schluß-Urteil vorbehalten.

Ansprüche gegen Nordwolle abgewiesen

Bremen, 4. Februar.

In der Berufungsinstanz unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Schmincke kam vor dem Arbeitsgericht Bremen die Klage des früheren Obermeisters bei der Nordwolle, Schramm-Delmenhorst, erneut zur Verhandlung. Dieser hatte bekanntlich gegenüber dem Konkursverwalter der Nordwolle die Forderung auf Zahlung aus dem Pensionsfonds nach dem 30. Juni 1931 erhoben. In erster Instanz war die Klage abgewiesen worden, beide Parteien hatten gegen das Urteil Berufung eingelegt. In der jetzigen Verhandlung erklärte der Konkursverwalter, daß der Fonds der Pensionskasse am Tage der Konkurseröffnung nicht vorhanden gewesen sei. Der Kläger stand auf dem Standpunkt, daß der bei Konkurseröffnung 3½ Millionen Mark betragende Fonds der Pensionskasse aus der Konkursmasse herausgenommen werden müsse. Das Urteil ging dahin, daß die Berufung des Klägers als unbegründet zurückgewiesen wird. Er wurde erkannt, daß dem Kläger Massenansprüche gegen den Beklagten nicht zustehen. Die Kosten des Verfahrens trägt der Kläger.

Lohnstreiks in Oberschlesien

Starke Erregung der Belegschaft

Kattowitz, 4. Februar.

Auf der Giesche-Grube sind gestern vormittag nur 45 Prozent und nachmittags nur 20 Prozent der Belegschaft eingefahren.

Im Carmer-Schacht ist die Arbeit zum größten Teil wieder aufgenommen worden. Auf der Myslowitzer Grube der Kattowitzer A. G. stehen etwa

1000 Arbeiter im Streik.

Auf den Siemianowitzer Gruben ist die Stimmung der Belegschaft weiter außerordentlich erregt.

Von dort aus übergreifend wird jetzt überall die von der Arbeitgemeinschaft geforderte geheime Abstimmung über den Streik abgelehnt. Die Cleophas-Grube ist laut Entscheidung des Demobilisierungskommissars am 1. Februar geschlossen worden, und zwar zunächst bis zum 3. März dieses Jahres.

Im Dombrowaer Revier fordern die Arbeitgeber, nachdem sie ursprünglich auch dort eine 21prozentige Lohnherabsetzung verlangt hatten, nur noch eine solche von acht Prozent unter Berufung auf den ostoberschlesischen Schiedsspruch. Die

Arbeitnehmerverbände lehnen jede Lohn-

kürzung ab

mit dem Hinweis darauf, daß die Dombrowaer Gruben am verlustbringenden Export beträchtlich geringer beteiligt seien, als die ostoberschlesischen, was durchaus richtig ist. Die Verhandlungen dauern noch an.

Wachsende Arbeitslosigkeit in Belgien. Die Zahl der Vollarbeitslosen beträgt gegenwärtig 128 000, die der Teilarbeitslosen 159 000. Im vergangenen Monat betrug die Gesamtzahl 202 000.

Amtlicher Rechtfertigungsversuch für hohe Preise

Nachdem Herr Goerdelers groß angekündigte Preissenkungsaktion restlos gescheitert ist, bringt jetzt der von Wagemann herausgegebene Wochenbericht des Konjunkturforschungsinstituts in seiner neuesten Nummer eine Untersuchung über die Preisbildung, die keinen anderen Zweck haben kann, als den einer Reinwaschung des Preiskommissars. An Hand vieler Statistiken wird versucht, den exaktwissenschaftlichen Beweis dafür zu erbringen, daß der Großhandelspreis nicht im selben Maße wie der Rohstoffpreis, und der Kleinhandelspreis nicht im gleichen Maße wie der Großhandelspreis sinken konnte.

Die Rechnung sieht folgendermaßen aus: wenn die Rohstoffkosten beispielsweise um 50 Proz. sinken, die Fabrikationsspanne aber gleich bleibt, so kann der Fabrikatpreis, da die Rohstoffe nur etwa 40 Proz. der gesamten Produktionskosten ausmachen, nur um 20 Proz. sinken. Daß aber auch diese Senkung noch nicht erreicht ist, wird darauf zurückgeführt, daß die Indexziffer der Rohstoffe auch solche Waren umfaßt, die in der Indexziffer der Fertigwarenpreise nicht erscheinen.

Der Fehler dieser Rechnung ist völlig klar: die Konstanz der Fabrikationsspanne, die 60 Proz. der Produktionskosten ausmachen soll, ist eine Fiktion. Denn in ihr sind enthalten: die Löhne, die in dem betrachteten Zeitraum von 1928 bis Januar 1932 sehr erheblich gesunken sind, die herabgesetzten Zinssätze und die Kosten derjenigen Produktionsmittel, deren gleichfalls herabgeminderter Preis in dem Rohstoffindex nach den Angaben des Konjunkturforschungsinstituts zu Unrecht enthalten sind: Baustoffe, technische Oele und Fette, Papier usw. Diese Berechnung kann also

keinesfalls darüber hinwegtäuschen, daß das überhöhte Preisniveau eine Folge der künstlichen Hochhaltung der Preise durch Monopolisierung und Kartellierung ist.

Noch unzureichender sind die Berechnungen, die für das Verhältnis zwischen Groß- und Einzelhandelspreis durchgeführt werden. Man begnügt sich hier mit der lakonischen Bemerkung, daß

man die Kleinhandelspreise nicht mit den Lebenshaltungskosten vergleichen dürfe, da dies zu „Fehlschlüssen“ führen würde. Das mag richtig sein. Denn ein „Fehlschluß“ liegt sicherlich vor, wenn man sich der Illusion hingibt, daß die „Preissenkungsaktion“ zu einer Verbilligung der Lebenshaltung — die ja schließlich das Entscheidende ist — führen könnte. Aber das ist — trotz aller schönen Berechnungen — schließlich kein Rechenfehler, sondern einer der Grundfehler des kapitalistischen Systems, das an der Grundtatsache, daß die Schrumpfung der Konsummöglichkeiten zu einer Stockung von Produktion und Absatz führen muß, immer noch vorübergehen zu können glaubt.

Der amtliche Versuch, das Scheitern der Preissenkungsaktion zu rechtfertigen, muß um so mehr in die Irre führen, als die Versprechungen der Regierung ja von dem angeblichen Bestreben ausgingen, die Preise den gesenkten Löhnen und Gehältern anzupassen. Die Veröffentlichung des Konjunkturforschungsinstitutes ist — im Gegensatz zu seinem offensichtlichen Zweck — der amtlich dokumentierte Beweis dafür, daß diese Versprechungen nicht gehalten wurden, ja — wenn man sich die vorliegende Argumentation zu eigen macht — gar nicht gehalten werden konnten.